



**Parlamentssitzung vom 06.11.2023**

**Protokoll**

Schloss Köniz, Rosstall  
19:00 – 22:50 Uhr

**Vorsitz**

Tatjana Rothenbühler (FDP), Parlamentspräsidentin

**Parlamentsbüro**

Arlette Mürger (SP Frauen), 1. Vizepräsidentin  
Casimir von Arx (GLP), 2. Vizepräsident  
Christine Müller (Grüne), Stimmenzählerin  
Reto Zbinden (SVP), Stimmenzähler

**Mitglieder des Parlaments**

Franziska Adam (SP Frauen)  
Christina Aebischer (Grüne)  
Roland Akeret (GLP)  
Dominic Amacher (FDP)  
Beat Biedermann (Die Mitte)  
Géraldine Bösch (SP Frauen)  
Adrian Burren (SVP)  
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)  
Bülent Celik (SP Männer)  
Claudia Cepeda Fria (SP Frauen)  
Vanda Descombes (SP Frauen)  
Heidi Eberhard (FDP)  
Toni Eder (Die Mitte)  
Lukas Erni (Grüne)  
Mayra Faccio (JUSO)  
Isabelle Feller (Junge Grüne)  
Dominik Fischli (Grüne)

Rahel Gall (SP Frauen)  
Michael Gerber (GLP)  
Kathrin Gilgen (SVP)  
Andreas Hauser (GLP)  
Mark Kobel (FDP)  
Fabienne Marti (GLP)  
Florian Moser (SVP)  
David Müller (Grüne)  
Matthias Müller (EVP)  
Sandra Röthlisberger (GLP)  
Ronald Sonderegger (FDP)  
Isabelle Steiner (SP Frauen)  
Simon Stocker (Junge Grüne)  
Matthias Stöckli (SP Männer)  
Katja Streiff (EVP)  
Monika Röthlisberger (Grüne)  
Andrea Winzenried (SVP)

**Gemeinderat**

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin  
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident  
Thomas Brönnimann (GLP), Gemeinderat  
Christian Burren (SVP), Gemeinderat  
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

**Fachstelle Parlament**

Verena Remund-von Känel

**Protokoll**

Ursula Wüst

**Entschuldigt**

Selin Lopez (FDP)

PAR 2023/103

## Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**  
Beschluss
2. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 28.8.2023**  
Beschluss
3. **Integrierter Aufgaben und Finanzplan (IAFP) 2024**  
Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen
4. **Budget 2024**  
Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen
5. **Erhöhung der Liegenschaftssteuer vors Volk - Teilrevision der Gemeindeordnung**  
Beschluss und Botschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen
6. **V2113 Motion (SVP) "Erhöhung der Liegenschaftssteuer ist dem Volk vorzulegen"**  
Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen
7. **Verschiedenes**  
Kenntnisnahme

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler:** Guten Abend miteinander. Ich begrüsse alle recht herzlich nach dieser doch relativen langen Herbstpause zur heutigen Parlamentssitzung. Ich begrüsse heute Abend ganz herzlich ein neues Mitglied: Mayra Faccio von der JUSO. Es freut mich ausserordentlich, dass du heute hier bist. Ich wünsche dir, liebe Mayra, viel Erfolg, Freude und Erfüllung in deinem neuen Amt.

Seit der letzten Sitzung durften Geburtstag feiern: Michael Gerber, Casimir von Arx und Christian Burren. Ich wünsche euch alles Gute zum Geburtstag und insbesondere im neuen Lebensjahr viel Freude und Erfüllung.

Wir kommen zu den Entschuldigungen: Selin Lopez ist entschuldigt und Ronald Sonderegger und Toni Eder kommen verspätet. Wir sind 37 anwesende Parlamentsmitglieder, das Parlament ist beschlussfähig.

Wir kommen zu den Mitteilungen: Der Aktenversand erfolgte am 19. Oktober 2023, das Protokoll vom 28.08.2023 ist seit 17.10.2023 online und das Protokoll vom 18.09.2023 ist seit 04.11.2023 online.

Wir kommen zur Traktandenliste: Auf der gedruckten Traktandenliste, die am 19.10. in den Postversand ging, ist das Traktandum 17 nicht aufgeführt. Online auf der Parlamentswebseite ist die Traktandenliste aber komplett. Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 18.9.2023 liegt seit dem 4.11.2023 vor, wird aber erst an der Sitzung vom 13.11.2023 genehmigt. Traktandum 3 wird deshalb verschoben. Gibt es Anträge zur Traktandenliste?

**Gemeinderat Thomas Brönnimann:** Ich muss noch offiziell im Namen des Gemeinderates erklären, dass wir das Geschäft der Ladeinfrastruktur Werkhof zurückziehen, da es noch weitere fachplanerische Abklärungen braucht.

**Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler:** Das Traktandum 12 Ladeinfrastruktur Werkhof wird somit nicht an der heutigen Sitzung behandelt.

## **Beschluss**

Die Traktandenliste wird mit den obengenannten Änderungen stillschweigend genehmigt.

PAR 2023/104

## **Protokoll der Parlamentssitzung vom 28.8.2023** Genehmigung

## **Diskussion**

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

## **Beschluss**

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 28.8.2023 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2023/105

## **Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2024** Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

### **1. Ausgangslage**

Im IAFP erfolgt die Darstellung der finanziellen Entwicklung der Gemeinde bis 2031. Darin sind Überlegungen aus dem Budget 2024 integriert und die erwarteten Entwicklungen der kommenden Jahre abgebildet. Nebst der Ergebnisentwicklung, der Entwicklung des Bilanzüberschusses/Bilanzfehlbetrags wird auch die langfristige Entwicklung der Verschuldung aufgezeigt.

Die Inhalte der im 2022 überarbeiteten Finanzstrategie gelten – mit Anpassungen (keine Befristung der Steuererhöhung) – unverändert.

### **2. Erläuterungen zum IAFP 2024**

Nachfolgende Angaben sind ergänzend zu den Überlegungen des Budget 2024 zu verstehen. Für weitergehende Angaben verweisen wir auf die Beilagen.

Der Personalaufwand verändert sich ab 2025 entlang der individuellen Leistungsentschädigung (0.7% p.a.). Ein notwendiger anteiliger Teuerungsausgleich wurde nur für 2024 vorgesehen. Ein Stellenzuwachs ist für die Jahre 2025ff. nicht einkalkuliert.

Der Sach- und Betriebsaufwand pendelt sich auf einem relativ stabilen Niveau ein. Die Veränderungen werden stark durch die Inhalte des Budget 2024 bestimmt.

Die Abschreibungen entwickeln sich entlang der sich bereits in Betrieb befindenden und der beabsichtigten Inbetriebnahme der Investitionen.

Die Entwicklung des Transferaufwandes wird stark durch die Lastenausgleichszahlungen geprägt.

Wie bereits im Budget erwähnt, hat der Gemeinderat für das Budget 2024 bei den bevölkerungsabhängigen Lastenausgleichszahlungen (Sozialkosten- und ÖV-Beiträge) die Ansätze aus dem Rechnungsjahr 2023 verwendet. Für die Jahre 2025ff. wurden die höheren, ansteigenden kantonalen Planungsempfehlungen übernommen.

Die Entwicklung des Finanzaufwandes wird über die ganze Planperiode bis 2031 stark durch den hohen Zinsaufwand geprägt. Der Zinsaufwand widerspiegelt die Auswirkungen des Fremdfinanzierungsbedarfes der hohen Investitionen und des Zinsniveaus auf dem Kapitalmarkt. Es wird angenommen, dass die Zinssätze der Neuverschuldungen in den folgenden Jahren wieder moderat sinken. Auf eine Einlage in die Zinsschwankungsreserve wird verzichtet.

Im ausserordentlichen Aufwand werden Einlagen der Vorfinanzierungen abgebildet. Neu wird ab 2024 auch die Bildung der Spezialfinanzierung Klimaschutz jährlich darüber geäußert. Die Äufnung erfolgt in vergleichbarer Höhe über die gesamte Periode. Ein Bezug ist aufgrund noch nicht vorhandener Vorhaben noch nicht eingeplant.

Der Steuerertrag beinhaltet für 2025ff dieselben Überlegungen wie im Budget 2024. Annahmen zur Entwicklung der mittleren Bevölkerung, der potentiellen Lohnanpassungen und der Gewinne von juristischen Personen fliessen in den erwarteten Steuerertrag ein.

Bei den Entgelten wird die Veränderung primär durch die angepasste Darstellung der Rückerstattungen von EO/IV und Unfallentschädigungen verursacht. Diese Entschädigungen werden nicht mehr als Ertrag, sondern als Aufwandsminderung im Personalaufwand dargestellt.

### **3. Investitionen**

Es besteht unverändert ein hoher Investitionsbedarf bis 2027. Ab 2028 ist eine deutliche Reduktion feststellbar. Die finanziellen Auswirkungen wurden für alle Jahre mit dem im Budget 2024 verwendeten Realisierungsquoten abgebildet.

### **4. Verschuldung**

Die Verschuldung nimmt unverändert zu und beläuft sich nun nach den neusten Erkenntnissen per 2031 auf CHF 519.0 Mio. Die Zunahme der Verschuldung wird durch folgende Faktoren begründet: Investitionsbedarf, notwendige Ausgaben bei Unterhalt und Reparaturen, hohe Zinssätze auf dem Kapitalmarkt sowie steigenden Transferaufwendungen gemäss kantonalen Planungsempfehlungen. Die positive Entwicklung des Steuerertrages vermag den Finanzierungsmehrbedarf nur teilweise aufzufangen.

### **5. Controlling Legislaturplanung 2022 - 2025**

Der Gemeinderat beschliesst gemäss Art. 62 lit. f Gemeindeordnung zu Beginn jeder Legislatur den Legislaturplan für die nächsten 4 Jahre. Sie umfasst vier Schwerpunkte: attraktive Gemeinde, nachhaltige Entwicklung, gesunde Finanzen und moderne Verwaltung. Er hat den aktuellen Stand der Zielerreichung der Legislaturplanung an einer Klausur zusammen mit den zuständigen Abteilungsleitern besprochen. Diese Informationen liefern dem Gemeinderat und dem Parlament - zusammen mit ergänzenden Kommentaren - einen Überblick über den aktuellen Stand der Umsetzung. Das Resultat des jährlichen Controllings wird dem Parlament als integraler Teil des IAFP zur Kenntnisnahme vorgelegt.

### **6. Beschluss über den IAFP 2024ff.**

Gemäss IAFP-Reglement (Art. 1) beschliesst der Gemeinderat den IAFP und legt ihn dem Parlament zur Kenntnisnahme vor. In Anwendung von Art. 64 des Geschäftsreglements des Parlaments kann das Parlament vom IAFP zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend Kenntnis nehmen.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis vom IAFP 2024.

Köniz, 20. September 2023

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) Bericht IAFP 2024
- 2) Anhang IAFP 2024 (online auf Parlamentswebsite)

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler:** Hier handelt sich um ein Geschäft der Direktion Präsidiales und Finanzen. Zu den Sitzungsakten: Wir haben einen Bericht und einen Gemeinderatsantrag, wir haben den IAFP 2024 und einen Anhang. Folgendes Vorgehen ist vorgesehen: Zuerst hat der Präsident der Finanzkommission das Wort, dann der Präsident der GPK zur Legislaturplanung, dann folgen die Voten der Fraktionen, Einzelvoten aus dem Parlament und dann die Abstimmung.

**Präsident Finanzkommission, David Müller:** Vorweg will ich dem Gemeinderat und insbesondere den zuständigen Leuten in der Verwaltung für die Arbeit an diesen umfangreichen Dokumenten danken. Gerne nehme ich hier im Namen der Finanzkommission zum vorliegenden IAFP 2024 Stellung. Auf das Budget 2024 gehe ich dann im nächsten Traktandum ein.

Zuerst zum Prozess: Im Mai ist die Finanzkommission und auch die Öffentlichkeit über das gegenüber dem Budget massiv bessere Ergebnis der Rechnung 2022 informiert worden. Dieses Ergebnis bildet eine wichtige Grundlage für das Budget 2024. Im August wurden der Finanzkommission die wichtigsten Annahmen und Planzahlen des IAFP ein erstes Mal präsentiert. Dabei sind unter anderem folgende Punkte kritisch diskutiert worden:

- Die geplante Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve hat zu kontroversen Diskussionen geführt.
- Der Methodenwechsel bei der Schätzung des Steuerertrags und bei der Abbildung des Lastenausgleichs bzw. Transferaufwands führt voraussichtlich im Vergleich zu den Vorjahren zwar zu genaueren Schätzungen, aber auch zu einem erhöhten Risiko eines schlechteren Rechnungsergebnisses im Vergleich zum Budget.

Im September wurde die Finanzkommission dann über die erste Hochrechnung Stand Juni des diesjährigen Jahres informiert. Es wird ein deutlich besseres Ergebnis als budgetiert erwartet. Die Erkenntnisse aus der Hochrechnung insbesondere beim Steuerertrag bilden ebenfalls die Grundlage für die Annahmen zum IAFP. Am 23. Oktober haben wir dann schliesslich die Parlamentsvorlage geprüft. Hinsichtlich der wichtigsten Annahmen gegenüber der ersten Version vom August gab es keine wesentlichen Änderungen mehr. In den Unterlagen wurden aber verschiedene Punkte durch die Kommission beanstandet bzw. es wurden ergänzende Informationen eingefordert.

Konkret stellte die Finanzkommission fest, dass die Zahlen in der Tabelle IAFP 2024 auf Seite 9 bezüglich Bilanzüberschuss bzw. Bilanzfehlbetrag und Einlage bzw. Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve nicht konsistent und die Eigenkapitalentwicklung nicht im Einklang mit dem Budget dargestellt sind. Die Finanzkommission erachtet dies als besonders störend, weil bei der Behandlung des Budgets 2023 vor einem Jahr das Parlament eine Erklärung beschlossen hat, welche die Qualität bzw. die Nachvollziehbarkeit der Planzahlen im IAFP kritisiert hat. Anstoss dieser Diskussionen war bereits damals dieselbe Tabelle auf Seite 9. Der Gemeinderat hat basierend auf den Rückmeldungen der Finanzkommission inzwischen Anpassungen an den Unterlagen vorgenommen. Via Fraktionspräsidenten wurden diese nachgereichten Erläuterungen und angepassten Tabellen des Gemeinderats auch dem Parlament zugänglich gemacht. Heute Morgen kam die neueste Version. Weiterhin nicht dargestellt ist die Berücksichtigung der Hochrechnungszahlen.

Die Finanzkommission hatte aber keine Gelegenheit mehr, die angepassten Dokumente nochmals im Gremium zu diskutieren. Darum hier nur noch eine Bemerkung, welche in meinen Augen für die korrekte Interpretation der Zahlen relevant ist: Auf Seite 9 sind in der Spalte Budget 2023 die Werte ohne Berücksichtigung des Rechnungsergebnisses 2022 abgebildet worden. Ab 2024 sind ausserdem die Zahlen inkl. Berücksichtigung der Hochrechnungszahlen 2023 abgebildet. Konkret bedeutet dies zum Beispiel in der Zeile "Bilanzüberschuss/Bilanzfehlbetrag" und "Finanzpolitische Reserven", dass ab 2024 die Werte etwa CHF 11 Mio. tiefer ausfallen würden, wenn als Basis die Werte des Budgets und nicht der Hochrechnung verwendet würden. Dies noch zur Erläuterung der Zahlen.

Die Finanzkommission hat zudem den Gemeinderat gebeten, die geforderten Anpassungen und Korrekturen dem Parlament noch zu erläutern.

Jetzt noch zur eigentlichen Vorlage und den wichtigsten Annahmen. Die generellen Annahmen sind in den Unterlagen gut dargestellt, ich gehe darum nur noch auf einige Wenige ein: Für das Budgetjahr wir neu mit höheren Steuererträgen gerechnet, weil der Gemeinderat nach der Analyse der vergangenen Jahre zum Schluss gekommen ist, dass die einzelnen Sondereffekte zwar schwer vorzusehen sind, in der Summe aber jedes Jahr gewisse Effekte auftreten. Die Finanzkommission kann die Argumente grundsätzlich nachvollziehen, appelliert aber daran, nach dieser Änderung in der Methodik künftig die Stetigkeit in den Annahmen zu berücksichtigen.

Für das Budgetjahr ist ausserdem der Nettotransferaufwand aufgrund der Empfehlung des Kantons nach unten korrigiert worden. Auch diese Anpassung führt zwar hoffentlich zu einer genaueren, gegenüber der früheren Methodik, aber risikoreicheren Budgetierung. Für die Jahre 2025 und folgende, wird weiterhin mit den kantonalen Empfehlungen gearbeitet. Für das Budgetjahr wird bei den Personalkosten nebst den 0.7% individuellen Leistungsentschädigung/Lohnentwicklung, auch mit 2.5% teilweisem Teuerungsausgleich gerechnet.

Erstmals liegen ausserdem Informationen zum Zustand der Immobilien aus dem Assetmanagement-System vor. Was bisher bereits befürchtet wurde, zeigt sich jetzt auch in den Zahlen: Köniz hat einen deutlichen Aufholbedarf betr. Unterhaltsarbeiten. Der Sachaufwand wird darum ab dem Budget 2024 erhöht.

Jetzt noch etwas zu den Investitionen: Betreffend Investitionen werden im IAFP verstärkt die tatsächlich geplanten und realisierbaren Investitionen abgebildet, was zu einem deutlichen Peak am Anfang der Planungsperiode führt. Die Finanzkommission anerkennt, dass es gerade auch unter Berücksichtigung des Fachkräftemangels bzw. des teilweise fehlenden Personals sinnvoll ist, mit der Realisierungsquote zu rechnen. In der Finanzkommission wurde aber kritisch hinterfragt, ob es opportun ist, für die Jahre 2025 und folgende, die nicht realisierten Anteile an den Investitionen aus den Vorjahren für die abgeleiteten Planzahlen, z.B. Abschreibungen, Zinsen etc., zu vernachlässigen. Durch den hohen Investitionsbedarf nehmen die Abschreibungen um etwa CHF 7 Mio. zu und auch die Verschuldung wächst stark an. Der Zinsaufwand wird durch die Neuverschuldung, wie auch durch die steigenden Zinssätze geprägt und nimmt bis 2031 von etwa CHF 5.1 Mio. auf knapp CHF 7 Mio. zu. Eine Entnahme aus der Zinsschwankungsreserve ist bis auf weiteres nicht möglich.

Fazit: Obwohl grosse Teile des Dokuments äusserst informativ und auch sehr leser:innenfreundlich gestaltet ist, muss aus Sicht der Finanzkommission die Qualität und Nachvollziehbarkeit der Unterlagen weiter verbessert werden. Ein entsprechender Austausch des Kommissionspräsidenten mit der Gemeindepräsidentin explizit zu diesem Thema ist angedacht.

Inhaltlich lässt sich zusammenfassend sagen: Dank einem sehr guten Rechnungsergebnis 2022 und äusserst positiver Hochrechnung 2023 startet die Gemeinde Köniz 2024 mit etwas Polster in die kommenden Planjahre. Die finanziellen Aussichten bis 2031 sind aber klar negativ. Die diversen relevanten Kennzahlen - der Selbstfinanzierungsgrad, die Nettoverschuldung etc. - sind klar unter den kantonalen Empfehlungen. Bereits ab 2028 wäre der Bilanzüberschuss ausserdem bereits wieder aufgebraucht. Auch mit dem vorliegenden IAFP ist nicht davon auszugehen, dass dies kurzfristig behoben werden kann. Da die aktualisierte Finanzstrategie des Gemeinderates aktuell noch nicht vorliegt, ist aus Sicht der Finanzkommission eine Bewertung in der aktuellen Situation anspruchsvoll. Die Situation und der Ausblick bleiben aber klar angespannt.

Noch ganz kurz einen Satz zur Erfüllung der Legislaturziele im Bereich Finanzen. Als Finanzkommission nehmen wir ja nur zu diesem Teil der Legislaturziele Stellung: Die Finanzkommission attestiert zwar, dass die Bemühungen in die richtige Richtung unternommen werden, insbesondere das Ziel 3.3, "Die Ausgaben und Einnahmen sind im Gleichgewicht", bereitet aber Sorgen.

Jetzt zu den Empfehlungen zu Händen des Parlaments: Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament, den IAFP 2023 wie folgt zur Kenntnis zu nehmen: 0 zustimmend, 5 teilweise zustimmend, 2 ablehnend.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament weiter, die Berichterstattung zur Legislaturplanung Finanzen, Schwerpunkt 3, wie folgt zur Kenntnis zu nehmen: 0 zustimmend, 3 teilweise zustimmend, 4 ablehnend.

**Präsident Geschäftsprüfungskommission, Roland Akeret:** Vorab danke ich im Namen der GPK der Verwaltung und dem Gemeinderat für die umfangreichen Unterlagen zum IAFP 2024. Sie geben ein gutes Bild über die vielfältigen Aufgaben der Gemeinde und beleuchten die unzähligen Facetten von Köniz.

Entgegen früherer Jahre, hat die Gemeindepräsidentin alleine den IAFP bei der GPK vertreten. Sie konnte die verschiedenen Fragen ausführlich und nachvollziehbar beantworten – besten Dank dafür.

Die GPK hat die sie betreffenden Teile des IAFP eingehend diskutiert. Gerne picke ich ein paar Beispiele heraus:

- Das finanzielle Grossprojekt "Stiftung Schloss Köniz" ist auf Kurs und soll bis im Jahr 2025 abgeschlossen werden können.
- Der Kontakt mit den Könizer Firmen ist gemäss den Ausführungen der Gemeindepräsidentin intensiv. Im Rahmen der Erarbeitung des Wirtschaftsförderungskonzepts, wurden bei den Firmen Interviews durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Interviews fliessen in das Konzept ein.
- Bei der Massnahme zur Digitalisierung der Prozesse im Sozialwesen wird exemplarisch aufgezeigt, dass die Gemeinde immer wieder abhängig von der übergeordneten Staatsebene ist, in diesem Fall vom neuen Fallführungssystem des Kantons Bern. Andererseits kann sich die Gemeinde Köniz in diesem Projekt aber auch einbringen, indem sie bei der Auswahl des Systems involviert ist.
- Leider ist das von uns allen schon lange erwartete Schulraumkonzept nicht wie gewünscht auf Kurs. Auch der BSS fehlen zurzeit die notwendigen Ressourcen.
- Auch eine weitere wichtige Massnahme leidet unter Ressourcenknappheit: Nämlich diejenige zur Priorisierung von Grossprojekten und Arealentwicklungen. Die Gemeindepräsidentin bezeichnete diesen Punkt als grosse Herausforderung.
- Der GPK, wie vermutlich allen anderen auch, die den IAFP aufmerksam gelesen haben, fällt auf, dass das Thema Personalknappheit in den verschiedensten Produktgruppen immer wieder erwähnt wird. So wird auch im Produkt 126.1 "Wasserversorgung" ausgeführt, dass die Umsetzung der Lebensmittelgesetzgebung kritisch bleibt. Es fehlen die Ressourcen um den Anlage- und Leitungsunterhalt in der gewohnten Qualität zu erledigen und die notwendigen Investitionen voranzutreiben. Das macht Sorgen: Dauert dieser Zustand noch länger an, kann das, und zwar nicht nur im übertragenen Sinn, zu Bauchweh und mehr führen. Die GPK hofft, dass sich die Situation mit dem neuen Abteilungsleiter, der die Stelle am 1. Februar 2024 antreten wird, bald entschärfen lässt.
- Losgelöst von den konkreten Inhalten diskutierte die GPK auch noch über die Aussagekraft der farblichen Controlling-Indikatoren grün, orange und rot. Für die GPK sind diese für sich alleine wenig aussagekräftig. Sie geben einzig darüber Auskunft, wie der Gemeinderat die Erreichung der einzelnen Legislaturziele einschätzt. Über den konkreten aktuellen Stand der Zielerreichung und so auch über den Fortschritt über die ganze Legislatur, sagen die Farben aber nichts aus. Um die Aussagekraft zu erhöhen, wären z. B. Prozentangaben hinsichtlich der Zielerreichung hilfreich.

Ich komme noch zu den Abstimmungsergebnissen: Die GPK beantragt dem Parlament, die Berichterstattung über den Stand der Legislaturplanung wie folgt zur Kenntnis zu nehmen: Zwei zustimmend und vier teilweise zustimmend.

Damit bin ich zum Schluss gekommen und danke für die Aufmerksamkeit.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer:** Ihr habt es vom Finanzkommissionspräsidenten bereits gehört, wir haben auf Seite 9 Korrekturen gemacht, welche ich gerne noch zu Protokoll geben möchte:

Die erste Korrektur betrifft die Spalte "Budget 2023": Hier sind alle Werte in der Spalte Budget 2023 mit dem Budget gleichgesetzt worden. Das betrifft die folgenden Punkte: Kurz- und langfristige Verbindlichkeiten, Fremdkapital, Nettoschuld, Sanierungsbeiträge an Pensionskassen, Abschreibungen bestehendes Verwaltungsvermögen nach HRM1, Selbstfinanzierung und Finanzierungsüberschuss/-fehlbetrag nach HRM2. Die Erklärung dazu ist, dass es sich hier um ein Darstellungsproblem handelt. Das ist dieses Problem, welches mehrfach vom Finanzkommissionspräsidenten angesprochen wurde, nämlich der Umgang mit der Hochrechnung 2023, denn die Rechnung liegt ja noch gar nicht vor. Und für das Weiterrechnen mussten wir diese Werte dazurechnen, von welchen wir heute nach Hochrechnung ausgehen und haben diese dann nicht wieder zurückgesetzt. Das ist also wirklich ein Fehler, aber eigentlich ein Flüchtigkeitsfehler. Dafür entschuldige ich mich, wir wollen dies in Zukunft verhindern.

Dann gibt es bei der Spalte 2024 bis 2031 eine Anpassung und zwar geht es hier darum, dass es euch einen kleinen Einblick gibt, wie schwierig es ist, wenn man in Richtung Digitalisierung geht und vorher manuelle Prozesse hatte. Wir wollten Fehler vermeiden und Schnittstellen verbessern und haben eine manuelle Planbuchung im Finanzsystem 2023, welche nicht ausgeglichen worden ist, nicht entdeckt. Diese war auch nirgends dokumentiert, dass sie gemacht worden wäre. Das hat bis dato eigentlich keine Rolle gespielt, da man in der nächsten Planungsrunde wieder mit Excel gearbeitet hat, also wieder manuell weitergearbeitet hat. Wir wollten aber die Datensicherheit verbessern und haben umgestellt und die Daten automatisch aus dem Finanzsystem bezogen. Dabei wurde nicht festgestellt, dass dieser Ausgleich bei einem der Planwerte in der Vergangenheit nicht durchgeführt worden ist. Das hat insbesondere den Ursprung darin, dass es im Jahr 2022 Personalabgänge von Personen gab, welche genau in diesem Prozess mitgearbeitet haben. Dies bedeutet beim IAFP ganz konkret, dass wir einen Wert – und dieser wird noch einige Male vorkommen – nämlich diesen Wert, bei welchem wir die Buchung nicht auf null gestellt haben, das sind CHF 296'914, da mussten wir verschiedene Positionen erhöhen oder reduzieren. Ich nenne diese kurz:

- Kurz- und langfristige Verbindlichkeiten mussten um diesen Betrag erhöht werden.
- Fremdkapital: Erhöht
- Nettoschuld: Erhöht
- Bilanzüberschuss/-fehlbetrag und finanzpolitische Reserven: Reduziert.

Auch hier handelt sich erneut nur um eine Darstellungsproblematik. Auf das Ergebnis hat dies keinen direkten Einfluss.

Zusätzlich gibt es noch die Spalte 2027: Dort geht es wiederum um dasselbe Problem und dort mussten wir wieder den gleichen Betrag anpassen. Der Wert Einlage/Entnahme der finanzpolitischen Reserven musste um diesen Betrag reduziert werden und infolgedessen kam es zu einer Reihe von Anpassungen von Werten:

- Das ausserordentliche Ergebnis musste reduziert werden.
- Das Gesamtergebnis: Reduziert.
- Gesamtergebnis allgemeiner Haushalt: Reduziert.
- Totalbetrag: Reduziert.

Es ist überall immer dieselbe Begründung, es ging also um diese eine manuelle Buchung.

Und zum Thema des Finanzkommissionspräsidenten zur Darstellung, zu welcher die Finanzkommission uns zurückgemeldet hat, dass sie die Darstellung auf Seite 9 insgesamt immer noch schwierig findet, haben wir angeboten, dass wir dies besprechen. Wir haben eine gewisse Änderung in der Darstellung vorgenommen, doch diese war für die Finanzkommission zu wenig klar. Wir haben gesagt, dass wir dies gerne miteinander anschauen werden. Unser Ziel ist es ja, dass ihr die Zahlen und Informationen so erhaltet, dass sie für euch nützlich und sinnvoll sind. Ich will aber festhalten, dass dies auch nur eine Darstellungsfrage ist, wie man die Hochrechnung darstellen will. Auch dies hat keinen direkten Einfluss auf das Ergebnis.

**Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Fabienne Marti:** Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Dokumentation zum IAFP und das Controlling zum Legislaturplan.

Der IAFP ist nicht so spannend wie das Budget, welches wir später beraten. Es geht ja schliesslich noch lange bis in die Zukunft. Allerdings: Dort steht ein Elefant im Raum oder besser, am Horizont steht eine ganze Herde: Die mittelfristige Finanzperspektive sieht schlecht aus. Und das ist – so kurz nach der Steuererhöhung – für uns ernüchternd. Gestartet sind wir mit einem Legislaturplan, der vorsieht, dass wir "Gemeindefinanzen sanieren". Mit einem Legislaturziel, dass die Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht sein sollen, das heisst, die Finanzierung und die Investitionen sind im Gleichgewicht. Und dieses Ziel ist in den nächsten Jahren nicht erfüllt.

Aus dem IAFP ist insbesondere nicht ersichtlich, wie sich die geplante Schuldenbremse auf die Ergebnisse auswirken wird. Die Verschuldung soll von 2024 bis 2031 um mehr als CHF 100 Mio. ansteigen. Wir unterstützen deshalb die Aussage des Gemeinderates auf Seite 18 im IAFP, dass weiterhin eine restriktive Ausgabenpolitik zwingend notwendig ist.

Das Bild, das der IAFP zeigt, ist aber ein anderes:

- Der Sach- und Betriebsaufwand erhöht sich mit einem Sprung vom Budget 2023 zum Budget 2024 vor allem aufgrund des Mehrbedarfs bei "Unterhalt und Reparaturen". Wir müssen uns hier auf das Urteil des Gemeinderats verlassen, dass dies zeitnah realisiert werden muss.
- Der Personalaufwand steigt ab 2025 jährlich um 0,7%, obwohl explizit kein Stellenzuwachs und Teuerungsausgleich eingerechnet sei. Wird unser System also "von selbst" immer teurer, auch wenn beim Personalbestand keine Entwicklung stattfindet?



- Wie wir vom Finanzkommissionspräsidenten gehört haben: Bei den Investitionen wird der Mechanismus angepasst. Der neue Mechanismus und die Periodisierung ist aber unklar. Die hohen Investitionen lassen die Verschuldung in den Himmel steigen und erhöhen auch die Abschreibungen, was die Erfolgsrechnung belastet.
- Wir haben zudem vom Finanzkommissionspräsidenten gehört, dass die Einhaltung des Grundsatzes der Stetigkeit gewährleistet werden sollte. In der Einnahmenschätzung werden Sondereffekte ab 2024, gegenüber bisher, als fortdauernd angenommen, beim Lastenausgleich werden die Prognosen des Kantons im Finanzplan, aber nicht überall im Budget übernommen.

Noch drei Einzelpunkte zu den Produktgruppen. Hier ist uns aufgefallen:

- Bei der Steueradministration kann man den Personalbestand um 50% senken, weil der Aufwand zur manuellen Erfassung von Steuererklärungen sinkt. Der Aufwand nimmt im IAFP allerdings stetig zu.
- Im Fahrzeugdienst sinken die Kosten für den Diesel-Verbrauch nur marginal. Wir fragen hier, weshalb es hier keinen Effekt aus den Elektrofahrzeugen gibt - es wurde doch ein Grundsatzentscheid gefällt, die Fahrzeugflotte zu elektrifizieren.
- Sorgen machen wir uns ebenfalls bei der Wasserversorgung, der Siedlungsentwässerung und beim Gewässerschutz aufgrund des Hinweises, dass offensichtlich ein massiver Personalunterbestand besteht.

Summa summarum: Die massive Zunahme der Verschuldung kann nur mit einer klaren und konsistenten Strategie des Gemeinderates gestoppt werden. Dazu gehört auch eine striktere und eine konsequentere Priorisierung der Investitionen. Kurz: die vorliegende Zukunftsplanung überzeugt nicht.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion nimmt den IAFP deshalb nur teilweise zustimmend zur Kenntnis.

**Fraktionssprecher FDP, Dominic Amacher:** Gerne nehmen auch wir als FDP zum vorliegenden IAFP Stellung und danken für die umfassenden Unterlagen. Doch leider – wir haben es bereits gehört – ist die Qualität nicht das, was wir erwartet haben und das finden wir sehr störend und erwarten, dass diese Zahlen entsprechend plausibilisiert werden. Es kann ja nicht sein, dass wir am Schluss immer über dasselbe diskutieren müssen und irgendwo das Vertrauen verloren geht. Da sind wir alle gefordert, aber insbesondere die Direktion Präsidiales und Finanzen, damit wir im nächsten Jahr nicht wieder vor dem gleichen Thema stehen. Denn ich glaube, ein weiteres Mal wird man das dann nicht mehr ertragen.

Aber trotzdem, wenn man den Finanzplan anschaut, zeigt dieser einen klaren Trend. Dann sehen wir, es werden hohe Verluste erwartet und das Eigenkapital schmilzt von Jahr zu Jahr. Und das macht uns extrem grosse Sorgen. Aber grosse Sorgen macht uns eben auch, dass während des Jahres eine Mitte-Links-Allianz beinahe mit Verlässlichkeit neue Ausgaben entscheidet und dies nicht immer im Sinne des Könizer Portemonnaies ist. Da sind wir sehr ernüchtert, da gebe ich dir, Fabienne Marti, auch recht, aber es lässt hoffen, dass auch du etwas wegen der restriktiven Finanzpolitik gesagt hast, denn im Budget sind wir dann wieder am Suchen, Machen und Tun, damit wir wieder etwas finden.

Auch sehr störend fanden wir die massive Steigerung im Personal- und Sachaufwand seit dem IAFP 2022. Das haben wir bereits vor einem Jahr kritisiert und inzwischen sehe ich hier wirklich massive Abweichungen. Da sehen wir CHF 4 Mio. Mehrausgaben beim Personal pro Jahr und CHF 4.5 Mio. beim Sachaufwand. Natürlich, uns wurde erklärt, warum und weshalb, aber es zeigt ja auch, dass eine Mehrbelastung hier ist und dass es nicht automatisch heisst, dass wenn man mehr einnimmt, man das automatisch auch gleich wieder ausgibt. Denn irgendwo sieht für uns als FDP ein haushälterischer Umgang anders aus. Wenn wir diese ganzen Kumulationen dieser Mehrausgaben bis 2031 zusammenzählen, dann sieht man, dass das Eigenkapital irgendwann das falsche Vorzeichen hat und wir irgendwo im Bilanzfehlbetrag landen. Aber wir haben das im vergangenen Jahr bereits erzählt und wollen irgendwann einmal einen Schlussstrich ziehen. Wir nehmen aber auch zur Kenntnis, dass der Gemeinderat klare Ansagen gemacht hat, dass sich der Personalaufwand ab 2025 nur noch im Rahmen dieser 0.7% steigern wird und auch, dass der Teuerungsanteil nur im Jahr 2024 vorgesehen ist und auch im Jahr 2025 nicht zwingend ein Stellenzuwachs kalkuliert ist. Das sind klare Statements, an welchen wir messen werden, ob dies eingehalten wird. Denn auch hier: Ein weiteres Mal lassen wir uns nicht an der Nase herumführen.

Zusammengefasst heisst dies, der Gemeinderat ist unbestritten gefordert. Sanierungsvorschläge oder Ansätze sind im IAFP 2024 noch nicht erkennbar. Wir werden in einem Jahr überprüfen, wie die Massnahmen dann aussehen werden. Wir erwarten, dass diese Schuldenbremse für den Budgetprozess 2025 dann auch zur Anwendung kommt und umgesetzt wird.

Damit dies aber auch zielführend ist, braucht es jedoch die notwendige Disziplin von uns allen – das heisst auch vom Parlament – denn ansonsten stehen wir plötzlich wieder hier und müssen über Aufgabenüberprüfungen und andere Kürzungen diskutieren.

Es gibt noch viele Baustellen im Dossier Finanzen. Wir verlassen uns darauf, dass die Ansagen umgesetzt werden. Wir erwarten, dass wir fehlerfreie Unterlagen erhalten und die nötigen konkreten Sanierungsmassnahmen eingeleitet werden.

Die Zahlen des Jahres 2022 kennen wir aus der Jahresrechnung und offenbar auch das Jahr 2023. Das lässt uns hoffen. Und mit dieser Ausgangslage kann man dies alles auch in die richtigen Bahnen lenken, wenn wir natürlich auch die Disziplin einhalten. Wir ziehen in einem Jahr wieder Bilanz. In diesem Sinn reichen wir dem Gemeinderat die Hand und nehmen den IAFP 2024 inklusive die Berichterstattung zur Legislaturplanung teilweise zustimmend zur Kenntnis.

**Fraktionssprecher SVP, Florian Moser:** Auch wir sind von der Entwicklung des Aufgaben- und Finanzplans nicht sehr begeistert. Zuerst aber sicher noch vielen herzlichen Dank für die Unterlagen, diese sind sehr gut und verständlich. Aber wie bereits gesagt, auch wir sind von den Zahlen darin nicht sehr begeistert. Es beunruhigt uns, vor allem weil man ab 2028 bereits wieder mit einem Bilanzfehlbetrag in der Höhe von CHF 4.2 Mio. rechnen muss. Aber es ist uns auch klar, es ist eine Art Blick in die Glaskugel, man weiss es nicht so richtig, man kann Tendenzen nicht einschätzen und es ist nicht so richtig tastbar, was in Zukunft passieren wird. Und es ist ein Instrument für den Gemeinderat. Schlussendlich muss der Gemeinderat mit diesem zurechtkommen. Es ist eine Finanzplanung, welche er für sich machen muss und sicher ist auch wichtig, dass man hier die Gemeindefinanzen als eines der Legislaturziele des Gemeinderates, nicht vernachlässigt und das ist ja auch ein Versprechen, dass man das einhält und dort hoffen wir, dass dies gut kommt.

Die Investitionen sind ein gutes Thema und von Fabienne Marti bereits angesprochen: Diese sind enorm. Im Jahr 2024, wenn man dies ohne Realisierungsquote anschaut, belaufen sich diese auf CHF 41.8 Mio. - das ist für unsere Gemeindefinanzen happig. Mit der Realisierungsquote eingerechnet sind es CHF 28.5 Mio. und auch das liegt über unseren finanziellen Möglichkeiten. Dort wäre unser Anliegen, dass man irgendwo bei CHF 22 Mio. eine Deckelung machen würde, damit man dies nicht immer wieder überzieht. Auch in den zukünftigen Jahren ist dies sicherlich nicht zu vergessen.

Die Frage stellt sich auch mit der Realisierungsquote: Man hat einen Fachkräftemangel und es ist sehr schwierig, die Investitionen, welche man plant, überhaupt zu realisieren. Investitionen tätigen kann man ohne entsprechende Mitarbeiter nicht, das dürfte also in dieser Hinsicht sicherlich schwierig werden.

Die Beurteilung der Legislaturziele mit den Farben Orange, Grün und Rot, beurteilten wir als ziemlich undurchlässig. Wir fragen uns dort, wie diese Farbwahl zustande gekommen ist und wie man diese beurteilt. Das einzige, was ja nicht erfüllt ist, ist diese Aufgabenprüfung, aber diese hat man ja gestoppt, daher ist diese einfach rot und alles andere scheint auf einem guten Weg zu sein - orange oder sogar grün. Es handelt sich ja um zukünftige Aussichten und dort wäre es sicherlich wünschenswert, wenn man diese Tendenzen im Minimum bis ins Jahr 2025 und 2026 beurteilt. Es hat ja dort auch noch Spalten, doch dort hat man gar keine Fragen eingesetzt. Es scheint, als ob die Legislaturziele bis 2025 erreicht werden und alles, was danach passiert, interessiert den Gemeinderat nicht mehr, weil es dann eine andere Zusammenstellung gibt.

Das Ziel 3.3, Die Ausgaben und Einnahmen sind im Gleichgewicht: "Der Personal- und Sachaufwand soll restriktiv budgetiert und die Ausgabendisziplin sichergestellt werden." Was heisst das genau? Dort habe ich das Gefühl, jede Person des Gemeinderates hat hier eine andere Auffassung davon.

Nichtsdestotrotz sind wir heute nett und überbewerten diesen IAFP nicht. Und da es sich um eine reine Kenntnisnahme handelt, nehmen wir diesen heute teilweise zustimmend zur Kenntnis.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Vanda Descombes:** Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Aufarbeitung der Unterlagen. Trotz einiger Unstimmigkeiten und offensichtlichen Fehlern, die ärgerlich sind und zu Recht kritisiert wurden, was aber bei der Komplexität der Berechnungen auch nicht verwunderlich ist, gibt der IAFP einen guten Überblick über die finanzielle Entwicklung der Könizer Finanzen der nächsten Jahre. Die Unstimmigkeiten stellen den Ausblick als Ganzes aus unserer Sicht nicht in Frage.

Die Zahlen sind mittel- bis langfristig nach wie vor besorgniserregend. Ich hätte eigentlich das Votum zum IAFP der letzten Jahre wieder hervorziehen können, denn wir wiederholen uns und sind noch kaum weiter im Thema nachhaltige Gemeindefinanzen. Und das ärgert mich persönlich. Wir drehen uns im Kreis.

Wir haben immer noch ein Problem mit dem Investitionsbedarf, den man wohl priorisieren, aber nicht wegstreichen kann, mit den steigenden Abschreibungen und der steigenden Zinsbelastung, mit der Erhöhung des Fremdkapitals und dem geringen Selbstfinanzierungsgrad und das Ganze gepaart mit knappen Einnahmen. Und die Herausforderungen werden nicht weniger, im Gegenteil. Es kommt noch der grosse Sanierungs-, Reparatur- und Unterhaltsbedarf hinzu - Beispiel OZK, Sanierung und teure Übergangslösung mit dem Schulraum. Und auch der Klimawandel muss uns immer mehr beschäftigen. Wenn ihr im Ausland schaut, was passiert, so könnte dies in der Schweiz genauso auch eintreffen.

Gemäss den Hochrechnungen im IAFP - auch wenn es nur Prognosen sind, die mit einer gewissen Ungenauigkeit behaftet sind und vielleicht nicht ganz so eintreten - entwickelt sich die Bilanz längerfristig trotz aller Massnahmen in die falsche Richtung. Es ist unsere Aufgabe, die bestehenden Probleme mit möglichst breit getragenen Kompromissen zu lösen und das bitte mit konstruktiven Lösungen. Herumbasteln am Jahresbudget, ist vielleicht verständlich, aber nicht konstruktiv, nein, im Gegenteil, es wirkt hilflos.

Das Grundübel aus Sicht SP/JUSO-Fraktion sind die knappen Gemeindefinanzen. Trotz 10-jähriger Sparerfahrungen – jene, welche länger im Parlament sind, wissen, wie manche Diskussion wir hierzu geführt haben - trotz mässiger Erhöhung des Steuerfusses - gemäss ausgewiesenen Fachleuten hätte es mehr gebraucht, aber auf die haben wir ja nicht gehört - trotz eines leichten Optimismus ob der steigenden Steuereinnahmen, trotz des beträchtlichen Ertragsüberschusses im 2022 und offenbar auch im Jahr 2023 - der allerdings nicht allein auf die Steuereinnahmen zurückzuführen ist, sondern auch auf eine niedrigere Realisierungsquote bei den Investitionen und auf fehlendes Personal etc. - haben wir es noch nicht geschafft, dass unsere Gemeindefinanzen nachhaltig gesichert werden, damit wir die längst notwendigen Investitionen und Sanierungen tätigen können - und zwar dann, wenn sie anstehen und nicht dann, wenn es viel zu spät ist.

Sparen ist nicht per se falsch, aber die Einnahmen sind längerfristig zu knapp für eine Gemeinde wie Köniz. Die Erhöhung des Steuerfusses und der Verzicht auf die Einlagen in die Zinsschwankungsreserve, die jetzt nicht einmal angezapft werden kann, um die steigende Zinsen auszugleichen, sie waren bestenfalls ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dieser hat uns etwas Luft verschafft, um die strukturellen Finanzprobleme anzugehen, aber er reicht aus unserer Sicht noch nicht aus. Mit Schuldenbremse und mit Sparmassnahmen, wie sie für den überbewerteten Wunsch nach einem ausgeglichenen Budget immer noch gefordert werden, kann man ungenügende Einnahmen auf die Dauer nicht ausgleichen. Wir setzen unsere Energie am falschen Ort ein. Aus Sicht SP ist es an der Zeit, dass wir uns neben Einsparungen auch Gedanken über eine Erhöhung der Einnahmen machen. Und sonst bleibt uns nur die Hoffnung, dass die Steuererträge in Zukunft noch ganz viele positive Überraschungen bringen werden.

Die SP/JUSO-Fraktion wird den IAFP, angesichts der darin enthaltenen Unstimmigkeiten, teilweise zustimmend zur Kenntnis nehmen.

**Fraktionssprecher Grüne, Junge Grüne, David Müller:** Die Grüne/Junge Grüne-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Aufarbeitung dieser Vorlage und an dieser Stelle auch für die Arbeit, welche sie täglich für die Gemeinde und ihre Bevölkerung leisten. Vielen Dank.

Leider bleibt auch nach dem parteiübergreifenden Budgetkompromiss und der sehr positiven Rechnung 2022, die finanzielle Lage der Gemeinde eng. Eigentlich kommt das auch nicht unerwartet, Fabienne Marti, ich glaube, mindestens der Staub der Elefantenherde haben wir schon lange gesehen. Wie den Unterlagen zu entnehmen ist, bleiben die Finanzkennzahlen schlecht. Der Kommissionssprecher hat es bereits gesagt, diverse Werte bleiben gemäss kantonaler Empfehlungen ungenügend, die finanziellen Aussichten sind düster.

Die Fraktion der Grünen/Junge Grünen anerkennt die Bemühungen, bei der Abbildung der Investitionen genauer zu werden. Weiterhin nicht plausibel erachten wir aber den starken Abfall der Investitionen in den hinteren Planjahren. Wir regen darum an, die Methodik im Hinblick auf das nächste Jahr zu überprüfen. Die Aussichten werden sonst zu positiv dargestellt. Ausserdem: Der Investitionsstau ist weiterhin vorhanden.

Die neue Finanzstrategie zeigt hier hoffentlich auf, wie dem begegnet werden soll und wie die Herausforderungen der Zukunft angegangen werden können – vielleicht auch betreffend die Einnahmenseite. In dieser Situation ist es aber umso wichtiger, dass jetzt zuerst einmal die Zahlen betreffend Zustand unserer bestehenden Immobilien vorliegen und in der Erarbeitung des IAFP einfließen konnten. Der ermittelte Nachholbedarf ist aber wesentlich.

An dieser Stelle noch an Dominic Amacher: Es ist sehr wohl im Sinne des Portemonnaies der Könizer Bevölkerung, wenn hier Ausgaben getätigt werden. Was die bürgerliche Sparpolitik bedeutet, das sehen wir aktuell im OZK, wo die Kosten jetzt höher sind, weil man zu lange zugewartet hat.

Betreffend Methodik der Planung und Berichterstattung Legislaturplan haben wir uns gefragt, wie hier eigentlich bei der Einteilung genau vorgegangen wird und vor allem, inwiefern überprüft wird, ob die Indikatoren zielführend sind und auch wirklich das aussagen, was gemessen wird oder umgekehrt und auch inwiefern der Feedback-Loop funktioniert, falls gewisse Kennzahlen drohen nicht erreicht zu werden. Wenn hier der Gemeinderat noch etwas erläutern könnte, wären wir sehr dankbar.

Jetzt noch kurz drei inhaltliche Punkte, welche uns aus grüner Sicht aufgefallen sind:

1. Im Kommentar zur Produktgruppe 107 konnte man lesen, dass die Fortführung des Fuss- und Velo-Köniz angedacht ist. Das erachten wir als äusserst sinnvoll und wollen den Gemeinderat in diesem Vorhaben auch bestärken.
2. Mit Blick auf die erwartete Debatte im nächsten Traktandum noch ein Hinweis: Bei der Produktgruppe 115 - es geht um Schulsportkurse, Schulsportlager und Meisterschaften – kann man die Konsequenz einer fehlgeleiteten Sparpolitik der letzten Jahre sehen. Ich zitiere aus dem IAFP: "Durch die Reduzierung der Angebote (Aufgabenüberprüfung) können nicht alle Anmeldungen angenommen werden." Leidtragende sind also die Schüler:innen und das ist doch einfach nur schade.
3. Bei der Produktgruppe 122 wird deutlich auf die Negativeffekte des budgetlosen Zustands hingewiesen. Die Verzögerungen bei den Investitionsprojekten hallen immer noch nach. Ein zusätzlicher Grund, heute eine erneute solche Situation zu vermeiden.

Aufgrund all dieser Überlegungen nimmt die Fraktion Grüne/Junge Grüne den IAFP 2024 teilweise zustimmend zur Kenntnis.

**Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler:** Toni Eder ist eingetroffen, es sind neu 38 Parlamentsmitglieder anwesend.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer:** Danke für diese Diskussion. Wir legen euch mit diesem IAFP einerseits einen detaillierten Überblick zur Zukunft vor, was die Zahlen angeht, aber ihr bekommt hier auch Informationen zu den einzelnen Produktgruppen und sogar noch ein Legislatur-Controlling, ein Zwischenstand. Das ist ein sehr umfangreiches und auch sehr intensives Produkt zum Erarbeiten und soll eigentlich Transparenz herstellen, damit ihr auch wisst, was passiert. Mir ist wichtig zu sagen, es soll transparent sein, wie wir zu diesen Annahmen gekommen sind. Es kann schon sein, dass ihr zum Beispiel findet, dass in einzelnen Punkten die Realisierungsquote nicht bis nach hinten hinausgezogen hätte werden sollen – ich sage dazu dann noch etwas – aber ihr seht, dass wir dies gemacht haben. Ihr wisst, warum wir auf diese Zahl kommen und das war das Ziel des IAFP: Dass die Annahmen klar sind und dass ihr ein Bild bekommt, wie wir unterwegs sind.

Also, wagen wir einen Blick in die Zukunft von Köniz. Wie sieht es aus. Sieht es gut aus, sieht es schlecht aus? Vielleicht kurz zusammengefasst: Wir segeln nach wie vor hart am Wind. Doch wenn wir uns zusammentun, dann bin ich ziemlich zuversichtlich, dass wir auch alle sicher ans Land bringen. Ich finde, die Hoffnung ist berechtigt, dass das Wetter deutlich besser wird, als auch schon, aber man kann sich natürlich auch bei gutem Segelwetter über die Richtung streiten und dann kommt man dann halt trotzdem nicht vorwärts. Und darum ist es uns hier auch ein wichtiges Anliegen, gemeinsam über die Aussichten zu sprechen und nach Möglichkeiten irgendwo einen gemeinsamen Weg zu finden, einen gemeinsamen Kompromiss, damit wir eben vorwärts kommen.

Ich würde gerne etwas dazu sagen, wie der Gemeinderat die Segel neu gesetzt hat. Ihr wisst alle, wir hatten einen ziemlichen Sturm und haben dank diesem überparteilichen Budgetkompromiss aus diesem hinaussegeln können. Und jetzt ist wirklich der Moment, an welchem man das Steuerungsinstrument neu ausrichten muss – darum sind wir auch daran, unsere Finanzstrategie zu überarbeiten und diese wird euch auch vorgelegt werden. Diese soll uns langfristig aufzeigen, was für Herausforderungen auf uns zukommen, welche man in diesem IAFP erkennen kann, auch wenn man unterschiedliche Meinungen hat, wie man die einzelnen Themen bewerten kann, so sehen doch alle, dass Herausforderungen anstehen. Und dafür brauchen wir sicherlich auch Steuerungsinstrumente und mir scheint, auch das ist für alle eigentlich klar. Wir sind dran, diese zu erarbeiten, denn wir wollen ja eigentlich gerne unser Schiff wieder startklar machen, es hat in den letzten Stürmen etwas gelitten und auch die Equipe, welche mit uns segelt, hat gelitten. Es ist uns wichtig aufzuzeigen, welche Massnahmen wir treffen müssen, damit wir genügend Leute haben, welche diese Segel auch setzen können.

Zum Budget- und IAFP-Prozess allgemein: Wir haben einen restriktiven Budgetprozess gemacht, wir haben als Referenzwert das Budget 2023 genommen und zusätzlich auch die Rechnungswerte der Periode 2020 bis 2022 und haben uns dort am Mittel ausgerichtet oder Abweichungen mussten klar begründet werden. Wir sind diese wirklich sorgfältig durchgegangen.

Wenn ihr den IAFP anschaut, dann seht ihr klar, wo wir die grossen Themen in Zukunft haben werden. Es sind die Investitionen, zusammen mit dem Zins- und Abschreibungsaufwand. Man sieht, der Personalaufwand ist ein grosses Thema, man sieht der Sach- und Betriebsaufwand ist ein grosses Thema und der Transferaufwand und der Transferertrag. Das sind die grossen Blöcke, wo wir immer wieder Themen haben werden, worüber wir diskutieren müssen.

Fazit: Wir werden auch weiterhin auf Sicht navigieren, wir sind noch nicht so weit, dass wir einfach sagen können, es ist eine gemütliche Überfahrt, doch wir können zuversichtlich sein. Und ich danke, dass ihr diese Bemühungen auch wahrgenommen habt, welche der Gemeinderat und die Verwaltung gemacht haben, um hier etwas Ruhe hinein zu bringen und dass ihr diesen IAFP grösstenteils teilweise zustimmend zur Kenntnis nehmen werdet.

Ich würde gerne noch einige Fragen ansprechen. Eine war zum Thema Investitionen und zum Realisierungsgrad: Wir haben klar diesen Weg gewählt und auch transparent ausgewiesen – es ist kein unüblicher Weg, dass man Investitionen mit einem Realisierungsgrad belegt. Es ist ein Wert, diese 60% über alle Gruppen hinweg, welcher sich aus vergangenen Erfahrungen ableitet. Wir haben diesen also nicht erfunden, sondern wir haben geschaut, was in den letzten Jahren möglich war. Doch es ist klar, es hängt immer von enorm vielen Faktoren ab, ob Projekte realisiert werden können. Je grösser ein solches Grossprojekt den Gesamtinvestitionsbedarf ausmacht, umso mehr ist es natürlich geprägt davon, ob das Grossprojekt realisiert werden kann. Es gibt dort also wirklich Schwankungen. Wir werden euch jährlich wieder zeigen, wie wir es neu bewerten. Es gibt verschiedene Faktoren, welche hier positiven oder negativen Einfluss auf den Realisierungsgrad haben können und der grösste wurde bereits gesagt, das sind nicht die Finanzen, sondern das ist bei uns im Moment das Personal. Der andere grosse Themenblock sind natürlich die äusseren Faktoren. Das können zum Beispiel Einsparungen sein, das können Themen sein - wir hatten es in der Vergangenheit - dass es Versorgungsengpässe für gewisse Baumaterialien gibt, es können auch ganz viele externe Faktoren sein und wir wissen diese nicht alle im Voraus, schon gar nicht für das Jahr 2028. Das wäre anmassend, dies zu sagen. Es wird also sicherlich jährlich vom Gemeinderat eine Überprüfung geben und eine Erklärung, warum wir darauf kommen, falls es eine Anpassung braucht. Aber die Situation, so wie wir sie heute beurteilen, da sehen wir nicht, dass sich insbesondere der Fachkräftemangel in den nächsten Jahren stark reduzieren wird und wir sehen auch nicht, dass die Leute weniger Einsparungen machen werden. Wir glauben, dass wir mit diesen zwei Konstanten werden lernen müssen zu leben oder versuchen, so gut wie möglich, zu umschiffen.

Personalaufwand, da muss ich dich enttäuschen Dominic Amacher, da hast du vielleicht etwas falsch gelesen: Wir haben die Teuerung nur für das Jahr 2024 definiert. Wir haben über die Folgejahre nicht gesprochen. Wir haben dies klar deklariert, diese ist im IAFP nicht enthalten und auch ein zukünftiger Personalzuwachs nicht. Das heisst aber nicht, dass wir im Budget 2025 nicht genau anschauen müssen, was es braucht – die Teuerung ist nicht ausgeglichen, das habt ihr gesehen – aber ich kann euch auch beim Stellenzuwachs nicht versprechen, wie dies herauskommen wird. Ihr seht aber im IAFP, dass der Gemeinderat ganz klar sagt, wir müssen nach wie vor gut schauen, welche Ausgaben wir tätigen und so gesehen, werden wir dies sehr kritisch überprüfen. Aber angesichts der schwierigen Situation beim Fachkräftemangel, werden wir nicht darum herum kommen, auch gewisse Massnahmen zu treffen.

Aktuell ist und das ist auch transparent ausgewiesen: Beim Transferaufwand sind wir nur für das Budget von den Empfehlungen des Kantons abgewichen. Man hätte auch bis in die Folgejahre die Empfehlungen des Kantons korrigieren können. Das heisst aber nicht, dass wir das nicht machen werden, sondern das heisst einfach, dass wir nur für das Jahr 2024 den Entscheid getroffen haben, dass wir davon abweichen, weil wir einfach zum Schluss gekommen sind, dass wir die grosse Zunahme, welche der Kanton hier voraussagt, besonders beim Sozialen nicht nachvollziehen können. Und schon im vergangenen Jahr sind wir hier bereits CHF 2 Mio. unter dem Budget geblieben und wir glauben einfach nicht, dass diese Zahl für Köniz realistisch ist – was auch für unser gutes Sozialsystem spricht. Aber es wäre auch anmassend zu sagen, dass wir heute schon wissen, dass der Kanton für das Jahr 2028 Unrecht hat, darum haben wir diese auch drin gelassen.

Dann wurde zum Legislatur-Controlling gefragt. Das betrifft diese Farbgebung und wie diese zustande gekommen ist. Man muss grundsätzlich sagen, wenn es heute auf "grün" ist, dann ist es noch nicht realisiert, sondern dann gehen wir Stand heute davon aus, dass wir es bis Ende Legislatur schaffen werden.

Das ist naturgemäss in der Hälfte der Legislatur noch einfacher zu sagen, als dann vielleicht im nächsten Jahr. Es ist klar, dass heute noch relativ viel möglich scheint und je näher das Ende 2025 kommt, es etwas enger werden wird. Aber Stand heute gehen wir davon aus, dass dies realistisch ist und diese Farbgebung hat der Gemeinderat zusammen mit den Abteilungsleitenden zugeteilt. Und wir haben auch die einzelnen Themen besprochen, wie wir unterwegs sind. Denn ihr seht, dass bei sehr vielen Zielen ganz viele Abteilungen involviert sind. Das ist ein Prozess, welchen man nicht nur für dieses Papier gemacht hat, sondern auch um wirklich zu wissen, wo man aktuell steht und wo man Massnahmen ergreifen muss, damit man die Zielerreichung sicherstellen kann. Dann gab es noch weitere Fragen. Vor allem Fragen zu Elektrofahrzeugen. Ich weiss nicht, ob jemand von meinen Kollegen hierzu noch Stellung nehmen möchte.

**Gemeinderat Christian Burren:** Zu den Elektrofahrzeugen kann ich sagen, dass dies ein Beschluss ist, welcher gefällt worden ist. Dieser wird in den nächsten Jahrzehnten zusätzliche Kosten generieren. Elektromobilität ist alleine von der Beschaffung her teurer, das ist völlig klar. Am Unterhalt, da ist einzig der Motor, aber alle anderen Komponenten, sind genau die gleichen, die bleiben gleich.

**Parlamentspräsidentin Tanja Bauer:** Damit danke ich euch für die positiven Voten - ich nehme diese als positive Voten und danke euch, dass ihr diesen IAFP so gut durchgearbeitet habt. Das zeigt mir, dass ihr ein grosses Interesse daran habt, wirklich auch zu wissen, was los ist und auch eigene Ideen habt, wie wir damit umgehen wollen. Ich habe diesen Austausch auch als sehr interessant erlebt und möchte euch für das grosse Engagement danken, welches ihr in den Kommissionen gezeigt habt.

**Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler:** Ronald Sonderegger ist soeben eingetroffen, wir sind somit 39 Parlamentsmitglieder, welche anwesend sind.

## Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis vom IAFP 2024.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig teilweise zustimmend)

PAR 2023/106

## Budget 2024

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

### 1. Ausgangslage

Als Ausgangslage für das Budget 2024 wurden sowohl die Inhalte und Überlegungen des Budget 2023 als auch Rechnungswerte der Jahre 2020 bis 2022 beigezogen. Zusätzlich sind Überlegungen aus der Hochrechnung 2023 in die Erarbeitung der Budgetwerte 2024 eingeflossen.

### 2. Budget 2024 im Überblick

#### 2.1 Wesentliche Inhalte

Im Nachfolgenden wird auf die wesentlichen Inhalte des Budget 2024 eingegangen. Für weitergehende Informationen wird auf den beiliegenden Budgetbericht verwiesen.

Der Personalaufwand erhöht sich durch die reguläre individuelle Leistungsentschädigung ILE (0.7%) und insbesondere durch einen notwendigen Teilausgleich der Teuerung (2.5%) und einem notwendigen Personalaufbau. Von Januar 2022 bis Februar 2023 betrug die Teuerung +4.1%, wovon 2023 1.0% ausgeglichen wurde. Somit besteht Nachholbedarf, welcher die Sozialpartner:innen zusammen besprochen haben. Die Personalvereinigung fordert den vollen Teuerungsausgleich von 3.1%.

Aufgrund des positiven Rechnungsabschlusses 2022 berücksichtigt der Gemeinderat die Teuerung mit 2.5% im Budget 2024. Damit will die Gemeinde Köniz als Arbeitgeberin ein spürbares Zeichen innerhalb der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde setzen, welches den bedeutenden Kaufkraftverlust der Mitarbeitenden mindert. Mit diesem Vorgehen und der Aussicht, dass der weitere aufgelaufene Teuerungsrückstand in den kommenden Jahren gemäss den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde abgetragen wird, ist die Personalvereinigung als Minimallösung einverstanden.

Die Notwendigkeit des Personalaufbaus begründet sich u.a. durch die Legislaturziele, Umsetzungen von Parlamentsentscheide, Sicherstellung notwendiger Investitionen und Unterhaltsarbeiten. Auf der anderen Seite wurden die Fluktuation und die unverändert vorhandenen Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachkräften im Budgetwert ebenfalls berücksichtigt (geringere Zunahme des Personalaufwandes).

Der Sach- und Betriebsaufwand wird auch stark durch notwendige Unterhalts- und Reparaturkosten geprägt. Diese Kosten sind als Folgekosten von Investitionen zu verstehen. Im Bereich von Hochbau sind erstmalig die Kenntnisse aus einer detaillierten Zustandsanalyse der Hochbauten eingeflossen. Steigende Energiekosten und (Ersatz-)Beschaffungen von potentiell nicht aktivierbaren Geräten führen auch zu einem Anstieg der Kosten.

Die Abschreibungen entwickeln sich entlang der sich bereits in Betrieb befindenden bzw. der beabsichtigten Inbetriebnahme von Investitionen.

Die Entwicklung des Transferaufwandes ist stark durch die Lastenausgleichszahlungen geprägt. Der Kanton erlässt hierzu periodische Planungsempfehlungen. Gerade die Planungsempfehlungen 2024 der bevölkerungsabhängigen Sozialkosten und ÖV-Kostenbeiträge werden als deutlich zu pessimistisch betrachtet. Deshalb hat der Gemeinderat entschieden, für das Budget 2024 die Werte gemäss der Angaben 2023 zu übernehmen. Diese Werte werden als realistischer betrachtet.

Die Entwicklung des Finanzaufwandes wird stark durch den Zinsaufwand geprägt. Der Zinsaufwand widerspiegelt die Auswirkungen des hohen Fremdfinanzierungsbedarfes durch die hohen Investitionen und die Zinsentwicklung auf dem Kapitalmarkt. Auf eine Einlage in die Zinsschwankungsreserve wird verzichtet.

Im ausserordentlichen Aufwand werden Einlagen der Vorfinanzierungen abgebildet. Neu wird auch die Bildung der Spezialfinanzierung Klimaschutz darüber geäufnet. Ein Bezug ist derzeit im Budget 2024 nicht vorgesehen.

Der Steuerertrag berücksichtigt sowohl die Entwicklung der mittleren Wohnbevölkerung, die potentiellen anteiligen teuerungsbedingten Lohnanpassungen als auch die erwarteten Gewinnentwicklungen bei juristischen Personen. Die Steuerertragsplanung beinhaltet auch die erwarteten positiven Entwicklungen des Steuerertrages 2023 (im Vergleich zum Budget 2023). Der Gemeinderat hat entschieden, dass die Rechnung 2022 als Ausgangsbasis betrachtet wird.

In der Ausgangslage (Rechnung 2022) wurde primär nur noch ein Einmaleffekt bei den juristischen Personen belassen. Bei allen anderen Effekten wird angenommen, dass sich diese Effekte betragsmässig wiederholen können, auch wenn dies durchaus nicht mehr beim selben Sachverhalt eintritt. Dadurch verbessert sich insgesamt die Ausgangslage für die Steuerertragsplanung.

Bei den Entgelten wird die Veränderung vorwiegend durch die angepasste Darstellung der Rückerstattungen von EO/IV und Unfallentschädigungen verursacht. Diese Entschädigungen werden nicht mehr als Ertrag, sondern als Aufwandsminderung im Personalaufwand dargestellt.

## 2.2 Ergebnis Budget 2024 vor Bezug aus finanzpolitischer Reserve

Das Budget 2024 weist im allgemeinen Haushalt ein Aufwandsüberschuss von CHF 1.0 Mio. aus. Dieser Wert beinhaltet auch die Bildung der neuen Spezialfinanzierung für den Klimaschutz in der Höhe von CHF 0.4 Mio. Der Aufwandsüberschuss wird über den Bezug aus der finanzpolitischen Reserve ausgeglichen, weshalb in der Erfolgsrechnung im Steuerhaushalt ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen wird. Das erwartete positive Ergebnis aus der Hochrechnung 2023 ist in die veranschlagte Höhe der finanzpolitischen Reserve und des Bilanzüberschusses in 2024 eingeflossen.

## 2.3 Investitionen

Es besteht fortwährend ein hoher Investitionsbedarf. Das Nettoinvestitionsvolumen im Steuerhaushalt (inkl. Realisierungsquoten) beträgt CHF 41.4 Mio.. Dieser Wert beinhaltet auch Beteiligungen (Wärmeverbund, Stiftung Schloss Kőniz) in der Höhe von knapp CHF 13.0 Mio.. Bei den verbleibenden CHF 28.5 Mio. im Steuerhaushalt wurden im Bereich Hochbau mit einer Realisierungsquote von 60.0 %, beim Verkehr von 75.0 % und bei allen übrigen Investitionen von 100.0 % gerechnet. Bei den spezialfinanzierten Haushalten wurde mit einer Realisierungsquote von 60.0 % gerechnet. Die Realisierungsquoten berücksichtigen potentielle zeitliche Verzögerungen bei der Umsetzung (z.B. Einsparungen) und auch die unverändert vorhandenen Schwierigkeiten bei der für die Umsetzung von Investitionen relevanten Stellenbesetzung (Fachkräftemangel).

## 2.4 Schuldenentwicklung

Die budgetierte Verschuldung der Gemeinde steigt im Budgetjahr 2024 voraussichtlich auf ca. CHF 413 Mio. an. Die prognostizierten höheren Steuererträge vermögen die höheren Investitionsausgaben sowie die zusätzlichen Ausgaben infolge des erhöhten Unterhaltsbedarfs (z.B. bei den Schulen), des notwendigen teilweisen Teuerungsausgleichs bei den Mitarbeitern und der höheren Zinsaufwendungen auch aufgrund steigender Zinssätze nicht auffangen.

## 3. Beschluss über das Budget 2024

Die Zuständigkeit zum Beschluss über das Budget 2024 obliegt dem Parlament.

## 4. Folgen bei der Ablehnung

Entscheidet das Parlament, das Budget 2024 abzulehnen, wird die Gemeinde das Jahr 2024 ohne Budget beginnen. Dies würde bedeuten, dass analog zum Jahr 2022 wieder bis zum Vorliegen eines rechtskräftigen Budgets der Prozess des budgetlosen Zustandes eingeführt werden müsste und nur noch unumgängliche Ausgaben getätigt werden könnten.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschlüsse zu fassen:

1. Das Parlament beschliesst im Budget 2024 zu Lasten Konto 1680.3893.10 keine Einlage in die Spezialfinanzierung "Zinsschwankungsreserve" vorzunehmen.
2. Das Parlament genehmigt mit dem Budget 2024 folgende Steuern zu erheben:
  - a. die ordentlichen Gemeindesteuern im 1.58-fachen Betrag der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssatz.
  - b. die Liegenschaftssteuer von 1.2 ‰ auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft.



## 3. Das Parlament genehmigt das Budget der Erfolgsrechnung 2024:

Gesamthaushalt	
Gesamtertrag	CHF 247'729'953
Gesamtaufwand	<u>CHF 247'040'856</u>
Ertragsüberschuss	CHF 689'097
davon:	
Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)	
Aufwandsüberschuss vor Bezug aus finanzpolitischer Reserve:	CHF 1'040'126
Ergebnis nach Bezug von finanzpolitischer Reserve:	CHF 0
Spezialfinanzierte Haushalte	
Ertragsüberschuss	CHF 689'097

Köniz, 20. September 2023

Der Gemeinderat

## Beilagen

### 1) Budgetbericht 2024

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler:** Hier handelt es sich um einen Beschluss der Direktion Präsidiales und Finanzen. Zu den Sitzungsakten: Wir haben einen Bericht und einen Gemeinderatsantrag, wir haben das Budget 2024 und wir haben eine Tischvorlage mit Anträgen. Folgendes Vorgehen ist vorgesehen: Zuerst die Diskussion Allgemeiner Teil, Votum Finanzkommission, Voten Fraktionen, Einzelvoten Parlament und dann die Detailberatung Budget der Erfolgsrechnung.

**Präsident Finanzkommission, David Müller:** Vorab auch hier, vielen Dank dem Gemeinderat und der Verwaltung für die umfangreichen Unterlagen und auch für die Zusammenarbeit im vorgelagerten Prozess. Auf den Prozess der Involvierung der Finanzkommission gehe ich nicht mehr gross ein, das habe ich im vorhergehenden Traktandum bereits erläutert. Ich will einzig noch darauf hinweisen, dass wir auch in diesem Jahr wieder in den einzelnen Direktionen Verwaltungsbesuche durchgeführt haben. Für diesen interessanten Einblick und die trotz den terminlichen Rahmenbedingungen, sportlichen Fristen zur Vorbereitung, für die sehr gute Zusammenarbeit, will ich mich herzlich bedanken. In verschiedenen Verwaltungsbesuchen kam die Idee auf, die Termine dieser Besuche bereits frühzeitiger, z.B. im Zusammenhang mit der Jahresplanung zu definieren. Die Finanzkommission beabsichtigt, dies künftig zu machen. Dies zur Information.

Die Finanzkommission hat die Vorlage an der Sitzung vom 23. Oktober diskutiert. Betreffend der Vollständigkeit der Unterlagen hat die Kommission festgestellt, dass die Tabelle auf Seite 5 Fehler aufweist. Dabei ging es einerseits um die Werte beim Finanzierungsfehlbetrag und andererseits um den Bilanzüberschuss. Auch hier kritisiert die Finanzkommission, dass trotz letztjähriger parlamentarischer Erklärung weiterhin Fehler in dieser zentralen Tabelle existieren.

Die entsprechenden Beschlüsse der Finanzkommission wurden den Fraktionen zugestellt und auch die durch den Gemeinderat erfolgten Anpassungen und Erläuterungen wurden den Fraktionen im Vorfeld zur heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt. Leider war auch die aktualisierte Version der letzten Woche noch nicht vollständig korrekt: Für das Jahr 2022 war beispielsweise noch die falsche Steueranlage abgebildet. Ausserdem wird von Mitgliedern der Finanzkommission kritisiert, dass eine Vermischung von Budgetzahlen und Hochrechnungszahlen in dieser Darstellung nicht korrekt ist. Die Finanzkommission hat aber die aktualisierten Unterlagen nicht mehr als Gremium besprechen können. Die neueste Aktualisierung wurde den Fraktionen heute Morgen zugestellt.

Die Methodik soll im Hinblick auf das nächste Jahr geklärt und die Nachvollziehbarkeit verbessert werden. Wie schon im vorigen Traktandum gesagt, ist diesbezüglich ein Gespräch angedacht.

Auch hier hat die Finanzkommission den Gemeinderat gebeten, die Änderungen und Korrekturen dem Parlament zu erläutern.

Jetzt zu den wichtigsten Annahmen dieses Budgetjahres: Generell gelten die gleichen Annahmen wie im IAFP. Auf die bereits erläuterten Punkte gehe ich daher nicht mehr ein.

- Das Nettoinvestitionsvolumen für das Jahr 2024 beträgt rund CHF 41 Mio. und das bereits unter Berücksichtigung des erwarteten Realisierungsgrads. Die grössten Investitionen sind in der Vorlage transparent ersichtlich. In diesem Jahr speziell ist, dass darin auch CHF 13 Mio. Beteiligungen für die Stiftung Schloss Köniz einerseits und andererseits für Wärmeverbünde enthalten sind.
- Der Sachaufwand nimmt gegenüber der Rechnung 2022 und auch gegenüber dem Budget 2023 zu. Wichtiger Grund ist hier vor allem der grosse Nachholbedarf im Bereich Unterhalt.
- Beim Personalaufwand wird von den bisher angenommenen 0.7% Zunahme für individuelle Lohnentwicklung und im Jahr 2024 einen zumindest teilweisen Ausgleich der Teuerung von 2.5% hinterlegt. Andererseits ist unter Berücksichtigung der aktuellen Situation und dem spürbaren Fachkräftemangel in den Finanzaufgaben davon ausgegangen worden, dass 2024 nicht alle bewilligten Stellen auch tatsächlich besetzt werden können oder zumindest nicht sofort und darum wird mit einer zentralen Kürzung von CHF 950'000 gerechnet.
- Beim ausserordentlichen Aufwand ist neu die vom Parlament beschlossene Spezialfinanzierung Klimaschutz mitberücksichtigt.
- Beim Transferaufwand wurde von den Empfehlungen des Kantons abgewichen, wir haben es zuvor bereits gehört, da dies gemäss Gemeinderat einer genaueren Einschätzung der Situation in Köniz entspricht.
- Der Zinsaufwand musste von CHF 2.7 Mio. auf CHF 5.1 Mio. erhöht werden. Dies aufgrund der Steigerung des Fremdfinanzierungsbedarfs, aber auch aufgrund von steigenden Zinssätzen.
- Wie im vorderen Traktandum gesagt, ist der budgetierte Steuerertrag einerseits aufgrund der guten bisherigen Entwicklung und andererseits aber auch von der Anpassung der Methodik – dort geht es um die Berücksichtigung dieser Sondereffekte – wesentlich höher, als bisher angenommen.
- Auf eine Einlage in die Zinsschwankungsreserve wird verzichtet. Einerseits, weil das Geld jetzt benötigt wird und andererseits, weil eine Entnahme auf absehbare Zeit nicht möglich wäre.

Damit zum Ergebnis: Der betriebliche Aufwand nimmt gegenüber dem Budget 2023 um etwa CHF 4 Mio. zu. Der betriebliche Ertrag, getrieben durch die Annahmen beim Steuerertrag, nimmt sogar um CHF 7 Mio. zu. Netto verbessert sich das betriebliche Ergebnis damit um etwa CHF 3 Mio. gegenüber dem Budget 2023.

Das Ergebnis aus der Finanzierung auf der anderen Seite, verschlechtert sich, das primär aufgrund der Erhöhung des Finanzaufwands, um CHF 2 Mio. Damit resultiert ein etwa CHF 1 Mio. besseres, aber leider immer noch negatives, operatives Ergebnis. Konkret bedeutet dies für den allgemeinen Haushalt einen Aufwandüberschuss vor Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve, in der Höhe von CHF 1'040'126. Damit resultiert nach Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve beim allgemeinen Haushalt eine Null. Bei den Spezialfinanzierungen resultiert ein Ertragsüberschuss in der Höhe von CHF 689'097.

Würde das Budget 2024 abgelehnt, würde die Gemeinde wiederum ohne genehmigtes Budget ins neue Jahr starten, mit den entsprechenden Folgen für die Leistungserbringung der Gemeinde und entsprechendem Mehraufwand.

Zusammenfassend kann man sagen, das vorliegende Budget 2024 sieht im allgemeinen Haushalt ein Defizit von etwa CHF 1 Mio. vor. Der erwartete Bestand der finanzpolitischen Reserve und dem Bilanzüberschuss Ende 2024 ist trotz geplanter Entnahme aufgrund des guten Rechnungsabschlusses 2022 und der positiven Hochrechnung 2023 mit total knapp CHF 26 Mio. wesentlich höher, als bisher angenommen. Die weiteren Prognosen sehen aber – wie wir im vorherigen Traktandum gehört haben – schlecht aus. Auch der Investitions- und Unterhaltsbedarf ist weiterhin hoch.

Neben den Fehlern in den Unterlagen haben in der Finanzkommission vor allem folgende Punkte zu diskutieren gegeben: Das budgetierte Defizit und die damit einhergehende Entnahme aus den finanzpolitischen Reserve ist von einer Mehrheit stark kritisiert worden. Eine Minderheit hat argumentiert, dass der weiterhin bestehende Investitions- und Unterhaltsbedarf ohne Zunahme im Personal- und Sachaufwand nicht abbaubar ist.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament einstimmig, bei einer Enthaltung, Ziffer 1 des Antrags des Gemeinderates zuzustimmen. Weiter empfiehlt die Kommission betr. Ziffer 2 – da geht es um die Zinsschwankungsreserve - eine Annahme mit 4 dafür und 3 dagegen. Und schliesslich betr. Ziffer 3, Erfolgsrechnung, empfiehlt die Finanzkommission eine Ablehnung und zwar mit 3 dafür und 4 dagegen.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer:** Der Finanzkommission hat es bereits erwähnt. Ich gebe gerne zu Protokoll, welche Korrekturen wir aufgrund dieser Rückmeldung der Finanzkommission gemacht haben. Das wäre auf Seite 5 im Budget 2024:

Die Zeile "Finanzierungsergebnis" wurde neutral formuliert. Sie hiess zuvor "Finanzierungsfehlbetrag". Das heisst, die Vorzeichen haben hier nicht mehr gestimmt und es gab so Schwierigkeiten. Ein Vorzeichen stimmte auch tatsächlich nicht, dann ging das Minus vergessen, aber es führte auch allgemein zu Verwirrung. Beim Begriff Finanzierungsergebnis ist die Vorzeichensprache sehr einfach, Minus heisst minus und Plus heisst plus.

Dann war in der Rechnung 2022 die Steueranlage noch nicht nachgeführt worden. Diese liegt natürlich bei 1.58.

Und dann haben wir nochmals dieselben Probleme wie zuvor beim IAFP bereits erwähnt. Diese hatten natürlich auch im Budget 2024 eine Auswirkung bei den Planzahlen. Das heisst, die Kennzahlen Kurz- und Langfristige Verbindlichkeit, Fremdkapital und Nettoschuld mussten jeweils um CHF 296'914 erhöht werden. Es handelt sich also um einen Fehler in den Planzahlen, welcher an sehr vielen Stellen eine Auswirkung hatte. Dies hat aber keinen Einfluss auf das Ergebnis. Wir stehen insgesamt weder besser noch schlechter dar, aber es ist ein ärgerlicher Fehler und ich entschuldige mich hierfür.

### Diskussion allgemeiner Teil

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Matthias Müller, EVP:** Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion hat die Anträge des Gemeinderates für das Budget 2024 entgegengenommen und beurteilt die einzelnen Komponenten wie folgt:

Wir anerkennen ausdrücklich die Arbeit des Gemeinderates und der Verwaltung für die Erarbeitung des Budgets 2024. Um das, was uns vorgelegt worden ist, wurde sicherlich sehr stark gerungen. Im hunderte Millionenbudget, welches die Gemeinde Köniz ja hat, wurde Million um Million zusammengestrichen, aber kurz, kurz, vor der schwarzen Null, war die Luft raus. Schade. Es erschliesst sich uns nicht ganz, was dies soll. Ist es eine Provokation oder ist es ein Hilfeschrei? Ein Notschrei? Dass die Finanzen ein grosses Thema sind, das wissen wir alle und das muss nicht im Budget karikiert werden. Der Ausgabenüberschuss im Steuerhaushalt ist nicht zufriedenstellend und übrigens bin ich überzeugt, dass wir eine ganz gute Einnahmensituation haben, es ist ein Ausgabenproblem, ein Ausgabenüberschuss. Der Vorschlag für die Entnahme aus der kleinen finanzpolitischen Reserve ist völlig verkehrt. Wir haben bereits vergangenes Jahr deutlich gemacht, was wir erwarten und wir wollen und müssen offenbar dem Gemeinderat bei seinen eigenen Zielen, ein ausgeglichenes Budget zu erarbeiten, unterstützen und begleiten.

Für die Spezialfinanzierung Klimaschutz sind CHF 0.4 Mio. eingestellt. Der Gemeinderat streicht dies ganz besonders hervor. Das erscheint uns etwas billig, den Klimafonds als Sündenbock für den Ausgabenüberschuss so prominent hervorzuheben. Es fällt auch auf, wie prominent die Personalvereinigung im Parlamentsantrag erwähnt wird. Das war früher nicht der Fall. Es stellt sich die Frage, ob die Gemeindepräsidentin ihren Rollenwechsel in diesem Thema vollzogen hat?

Sie navigieren hart am Wind haben wir gehört. Da frage ich mich, wer im Gemeinderat den Segelschein hat oder vielleicht sogar das Hochseepatent?

Wir wollen ein ausgeglichenes Budget sehen. Ganz analog dem Legislaturziel 3.3. Und wir haben gesagt, legt zumindest ein ausgeglichenes Budget vor - vielleicht wäre es sogar cool gewesen, ein Positives - budgetiert aber kein Defizit. Doch ihr habt es trotzdem gemacht, ohne erkennbare Not. Das finden wir schade.

Die Unzufriedenheit der EVP-GLP-Mitte-Fraktion war bereits vor einem Jahr deutlich zu hören gewesen. Das letztjährige Votum ist, so finde ich, topaktuell und im Gegensatz zu Vanda Descombes, wiederhole ich dieses vom letzten Jahr auszugsweise: Eigentlich hätte zurückgewiesen und abgelehnt werden müssen, aber aus Milde verwerfen wir das. Das haben wir gesagt. "Wir müssen zwingend ein minimales Poster aufbauen und dieses auch behalten. Eigenkapital und Selbstfinanzierungsgrad lassen grüssen. Darum muss massiv Arbeit ins kommende Budget gesteckt werden." Ich attestiere, dass viel gearbeitet worden ist. "Der ganze Gemeinderat unter der Führung der Präsidentin ist gefordert und vielleicht wäre hier eine smarte Könizer Fiskalregel hilfreich und zielführend." Wir bemühten dann auch noch das Bild vom Mahn- und Drohfinger und haben festgehalten, dass wir ein qualitativ und quantitativ ähnliches Budget nicht akzeptieren werden. Und noch etwas zur Wiederholung: Wir wollen, dass diese Budgets grundsätzlich früher ins Parlament kommen.

Sicher immer vor den Herbstferien, damit man daran arbeiten kann, ohne gleich wieder, wenn etwas nicht gut ist, in einen budgetlosen Zustand zu geraten. Und es könnte sogar sein, dass solche Budgets, wenn sie etwas früher kommen, in der Interaktion mit der Finanzkommission oder mit dem Parlament auch an Qualität noch etwas gewinnen könnten. Aus all diesen Erwägungen haben wir einen Rückweisungsantrag gestellt. Ihr findet die Formulierung auf der Tischvorlage.

Wir haben diesen Antrag dem Gemeinderat letzte Woche übermittelt und haben ihn aufgefordert, bis heute Mittag Vorschläge zu machen, wie wir dieses Ziel, direkt an dieser Parlamentssitzung mittels Änderungsantrag erreichen könnten. Wir haben inhaltlich nichts gehört und so müssen wir heute Abend, wenn ich die weiteren Anträge anschau, sehr kleinräumige Arbeit erledigen. Arbeit, welche der Gemeinderat hätte erledigen müssen und welche er in seiner Kompetenz auch im Vorfeld hätte erledigen können.

Zusammengefasst entscheidet die EVP-GLP-Mitte-Fraktion bezüglich der gemeinderätlichen Anträge wie folgt:

- Die Nichteinlage in die Zinsschwankungsreserve wird unterstützt.
- Den Antrag des Gemeinderates zur unveränderten Erhebung der beschriebenen Steuern, nehmen wir an.
- Der Antrag des Gemeinderates bezüglich Budget 2024 wollen wir wie erwähnt so nicht annehmen. Eine Überarbeitung ist notwendig.

Der Rückweisungsantrag ist in diesem Zusammenhang auch als Ultima Ratio zu verstehen. Zielführend ist heute Abend wohl eher der Weg über die aktuellen Budgetanträge.

**Fraktionssprecher SVP, Florian Moser:** Vielen Dank der Direktion Finanzen für die Zusammenstellung des Berichts und der Unterlagen zum entsprechenden Budget. Heute Morgen, wir haben es von der Gemeindepräsidentin gehört, sind die Korrekturen auf Seite 5 noch gekommen – recht kurzfristig. Die Zahlen werden nicht chronologisch dargestellt und wurden nicht plausibel transparent auf Papier gebracht. Das ist ein Hin und Her und da haben wir etwas Mühe. Ich kann von mir doch behaupten, dass ich die Zahlen einer Rechnung und eines Budgets interpretieren kann, doch hier auf Stufe Gemeinde fällt mir das ziemlich schwer. Leider fehlt bei vielen Zahlen auch das Verständnis, wie diese zustande gekommen sind. Wir sprechen hier von einem Budget 2024 und ich habe das Gefühl, da wird einfach relativ viel in der Hochrechnung interpretiert und wenn dies so gemacht wird, dann bitte ich doch auch darum, dies zu deklarieren und eine separate Spalte für die Hochrechnung zu machen, da dies wohl mit dem Budget 2023 nicht mehr viel zu tun hat. Die Transparenz muss in Zukunft sicherlich besser werden.

Heute Abend ist es sicherlich im Interesse aller Anwesenden, einen budgetlosen Zustand zu umgehen. Budgetlos ins neue Jahr, will sicherlich niemand mehr und im Dezember noch eine Nacht und Nebelaktion ist sicherlich auch nicht wünschenswert. Das heisst, für einen erfolgreichen Budgetbeschluss heute Abend, müssen wir etwas zusammenrücken und unsere Kompromissfähigkeit unter Beweis stellen. Es ist uns ein Anliegen, heute ein Budget zu verabschieden, welches nicht defizitär ist. Wir haben es gehört und in den Anträgen auch gesehen, wir sind damit nicht die Einzigen hier. Darum meine Bitte: Helft heute Abend mit, diese Änderungsanträge, welche auf dem Tisch sind, mitzutragen, um so, ein gutes oder zumindest ein neutrales Budget verabschieden zu können. Eine Rückweisung, wie sie auch auf dem Tisch steht, hilft eigentlich niemandem und das wollen wir umgehen. Und wenn wir so etwas machen würden, dann wissen wir auch genau, was dabei herauskommt, dann sind wir wieder am selben Ort, wie im Jahr 2022, dann werden wir plötzlich wieder um freiwillige Leistungen diskutieren, um Eisbahnen, um Vereinskürzungen etc. Darum haben wir diese Punkte jetzt gemacht, es handelt sich bei diesen Änderungsanträgen um moderate und absolut faire Einsparungen, welche man eigentlich den Könizerinnen und Könizer schuldig ist. Der Personalaufwand wird zudem nicht tangiert, was sicher auch eine Mehrheit für die bestehenden und deklarierten Anträge durch die anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier finden sollte.

Die Erhöhung des Teuerungsausgleichs von 2.5% auf 3.1%, welche auch noch auf der Tischvorlage steht, diese lehnen wir ab. Im Jahr 2023 gab man 1%, im Jahr 2024 kommen nun diese 2.5%, damit sind wir auf 3.5% und wir sehen dies als in Ordnung an und da stehen wir eigentlich auch bei den Leuten. Von daher gibt es hier keinen Handlungsbedarf.

Ein ausgeglichenes Ergebnis ist gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auch ein positives Zeichen, welches wir unbedingt erreichen müssen und ich persönlich finde, nach einem Ergebnis im Jahr 2022, in welchem wir CHF 15.8 Mio. ausgewiesen haben und mit einem voraussichtlich guten Ergebnis im Jahr 2023, in welchem wir das Budget 2023 wieder übertreffen werden, können wir es uns eigentlich nicht leisten, hier mit CHF 1 Mio. Defizit ein Budget zu verabschieden.

Vielleicht doch noch kurz zum Zinsaufwand und zu dieser Zinsschwankungsreserve: Wir sind weiterhin der Meinung, dass man bei guten Ergebnissen diese Zinsschwankungsreserve einlegen müsste. Wenn man schon in einen Klimafonds einlegt und wenn man positive Ergebnisse erzielt, dann müsste dies unbedingt drin liegen. Wir haben uns aber darauf geeinigt, dass wir für dieses Budget darauf verzichten, doch zukünftig wollen wir sicherlich eine solche Zinsschwankungsreserve wieder ins Auge fassen.

**Fraktionssprecher SP/JUSO, Matthias Stöckli, SP Männer:** Wie wir mehrmals bereits gehört haben, war der Budgetprozess in diesem Jahr genauer, als in den vorhergehenden Jahren und liefert präzisere Annahmen, als wir uns dies gewohnt sind. Diese Annahmen sind aber nicht nur präziser, sondern sind aufgrund einer genaueren, aber auch optimistischeren Ertragseinschätzung und aufgrund eines tieferen Transferaufwands, welche auf Erfahrungswerten beruht, nicht nur genauer, sondern auch optimistischer, als es die Budgets in den Vorjahren waren. Das heisst, eine mögliche unerfreuliche Abweichung wurde wahrscheinlicher. Vor diesem Hintergrund erachte ich es als nicht seriös, wenn man jetzt einfach versucht, CHF 1 Mio. verschwinden zu lassen. Denn entweder, man nimmt das Budget ernst und geht davon aus, dass diese Zahlen nach bestem Wissen und Gewissen hergeleitet werden und wenn man diese Annahme trifft, dann kann man nicht einfach CHF 1 Mio. verschwinden lassen. Oder, man geht davon aus, dass das Budget beliebig ist, dass man einfach CHF 1 Mio. verschwinden lassen kann. In diesem Fall verstehe ich es nicht, warum man sich überhaupt an dem Aufwandüberschuss von CHF 1 Mio. im Steuerhaushalt stört. In dieser Betrachtung ist das Budget ja sowieso einfach nur beliebig.

Auch habe ich jetzt in der Diskussion vernommen, dass man sich am Signal stört, welches mit diesem Budget ausgesendet wird. Dass mit dieser CHF 1 Mio. Aufwandüberschuss auf einen weiteren Handlungsbedarf verwiesen werden soll, es sich dabei also um eine Art pädagogischen Aufwandüberschuss handelt. Aber ist es eigentlich nicht genau umgekehrt? Wollen nicht diejenigen, welche CHF 1 Mio. streichen wollen, mit der Begründung, dass sie gerne ein ausgeglichenes Budget präsentieren wollen, dies aus Kommunikationsgründen machen, damit sie bei ihren Wähler:innen besser dastehen? Oder wie es mein Vorredner gesagt hat, um ein Zeichen zu setzen? Dafür einfach CHF 1 Mio. verschwinden zu lassen oder schmerzhaft Sparübungen vorzunehmen, um kurzfristig besser da zu stehen, ohne mittel- oder langfristig die Finanzen in den Griff zu bekommen, das scheint uns kein zielführender Weg zu sein. Kommt hinzu, dass wir hier schon lange eine Sparmehrheit haben. Diese Zitrone ist irgendwann einmal ausgepresst. Ich erinnere daran, wie schwierig es war, im Rahmen des Budgetkompromiss konkretes Sparpotential ausfindig zu machen. Also Sparpotential, bei welchem auch jemand gewillt gewesen wäre, die politische Verantwortung für die Kürzungen zu tragen. Jetzt habe ich den Eindruck, dass mit diesen Anträgen in etwa so viel zusammen gestrichen werden soll, bis man diese schwarze Null hat, welche man gerne kommunizieren will. Ob diese Kürzungen dabei umsetzbar sind, was genau die Folgen davon sind, scheint dabei bestenfalls zweitrangig zu sein. Dieses Vorgehen wirft bei uns Fragen auf.

Mit Blick auf den IAFP fragen wir uns, ob jetzt jedes Mal, wenn ein Aufwandüberschuss budgetiert wird, weitere Budgetposten zusammengestrichen werden und ob man das dann so lange weitermachen will, bis man eigentlich gar nichts mehr zusammenstreichen kann, bis man sich eingesteht, dass man vielleicht auch einmal über die Einnahmen nachdenken sollte und Sparübungen aus Prinzip nicht unbedingt zielführend sind. Und dass wir ein Einnahmenproblem haben, ist für mich klar. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf das OZK verweisen. Das OZK sollte für uns ein Weckruf sein. Es zeigt, was passiert, wenn man den Unterhalt vernachlässigt bzw. die dafür nötigen Mittel nicht bereitstellt. Man kann dies auch Priorisieren nennen. Und dass wir mehr in den Unterhalt investieren sollten, ist ja wirklich ein offenes Geheimnis. Angesichts dieser Herausforderungen ist es meines Erachtens nicht angezeigt, weiterhin nur danach zu fragen, wo noch einige Franken gespart werden können, obwohl das Sparpotential wirklich langsam ausgeschöpft ist. Stattdessen sollten wir vielmehr danach fragen, wie man eigentlich den Unterhalt, die Investitionen und gute Leistungen weiterhin bereitstellen kann. Dafür braucht es mehr Einnahmen. Das wird ersichtlich, wenn man sich das Budget 2024 genauer anschaut. Aufgrund des Personal- oder Fachkräftemangels wird davon ausgegangen, dass wir unsere Investitionen – wohlbemerkt, die bereits priorisierten Investitionen – nur zu 60% werden realisieren können. Aber selbst bei diesem Szenario haben wir einen Aufwandüberschuss von CHF 1 Mio. Wünschenswert wäre allerdings, dass man einen grösseren Teil der Investitionen realisieren könnte, weil wir kein so grosses Fachkräfteproblem haben, wie dies auch bereits vom GPK-Präsidenten heute angeführt worden ist. Das würde dann allerdings bedeuten, dass man mehr Fachpersonal braucht und damit die Personalkosten steigen, in der Folge von mehr getätigten Investitionen, würden auch die Abschreibungen und Unterhaltskosten ansteigen.

Sollte dann auch noch der Selbstfinanzierungsgrad steigen, wären dafür noch mehr Mittel nötig. All das ist wünschenswert, all das ist nicht budgetiert und trotzdem resultiert CHF 1 Mio. Aufwandüberschuss.

Meiner Ansicht nach müsste das Parlament in dieser Situation Verantwortung übernehmen und auch wieder einmal über die Einnahmenseite nachdenken. Aber da bin ich Realist genug, um zu wissen, dass das, wenn überhaupt, ein mittelfristiges Ziel ist. Denn kurzfristig heute Abend braucht es eine andere Art von Verantwortung. Die Verantwortung, nach der Erfahrung mit dem budgetlosen Zustand klar zu zeigen, dass wir hier fähig sind, Verantwortung zu übernehmen und Budgets zu verabschieden. Jetzt braucht es keinen Mahnfinger, sondern jetzt braucht es eine ausgestreckte Hand. Nicht Kürzungen aus Prinzip, um eine schwarze Null zu kommunizieren, aber für eine Koalition der Vernunft, welche sagt, wenn wir keine Mehrheit für etwas anderes haben, dann tragen wir das Budget mit, verhindern neue Unsicherheiten in der Verwaltung und blockieren nicht aus Prinzip. Uns fällt dies auch nicht leicht, wir sehen auch dringenden Handlungsbedarf, aber auf der anderen Seite, als viele andere hier. Aber wir richten deswegen keinen Schaden an, sondern setzen uns weiterhin für unsere Anliegen ein und versuchen dafür Mehrheiten zu bekommen. Doch bis wir dies schaffen und angesichts unserer jüngsten Geschichte, strecken wir die Hand aus für eine Koalition der Verantwortung, welche ein Budget verabschiedet und keinen Schaden anrichtet.

Und jetzt noch kurz zu unserem Antrag: Wir haben den Antrag auf die Gewährung des vollumfänglichen Teuerungsausgleichs in der Höhe von 3.1% gestellt. Auch hier verweise ich wieder zum Beginn darauf, dass es mittlerweile nicht einmal mehr sicher ist, dass wir hier fähig sind, Budgets zu verabschieden. Das macht die Gemeinde auch nicht gerade zu einem attraktiveren Arbeitgeber. Wenn man dann noch bedenkt, dass der budgetlose Zustand nicht weit zurückliegt, dass die Teuerung in den letzten Jahren nur teilweise ausgeglichen wurde und dass man einen ernsthaften Fachkräftemangel hat, ist es angezeigt, auf den Personalverband zuzugehen und diese Teuerung wenigstens in diesem Jahr vollumfänglich im Umfang von 3.1% auszugleichen.

**Fraktionssprecherin Grüne, Junge Grüne, Christina Aebischer, Grüne:** Die Grüne/Junge Grüne Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für das Budget und die geleistete Arbeit. Vieles wurde bereits gesagt. Auch wir hätten natürlich lieber ein ausgeglichenes Budget oder noch besser eines, welches schwarze Zahlen schreibt, aber das liegt nicht vor und das hat Gründe, welche wir alle kennen. Wir wissen, Köniz hat Jahre, gar Jahrzehntlang viele wichtige Investitionen vernachlässigt, diese Bugwelle ist immer noch hoch. Wir haben – und da haben wir jetzt auch Fakten dazu – den Unterhalt an bestehenden Immobilien vernachlässigt – auch das kostet – wir haben verschiedene Sparprogramme bereits hinter uns und die heute Abend wieder einmal erwähnte Zitrone ist immer noch ausgepresst und nicht mehr saftig. Das sind Faktoren, welche die Finanzsituation nach wie vor belasten. Wir können aber auch erwähnen, dass wir einnahmenseitig ein positives letztes Jahr hinter uns haben und dass auch für das laufende Jahr ein positives Ergebnis hochgerechnet wird. Das stimmt zuversichtlich und das bestätigt die Attraktivität von Köniz für juristische, wie natürliche Personen und Steuerzahler:innen.

Jetzt haben wir ein Budget vor uns, das ist vermutlich niemandem liebstes Wunschkonzert. Es mussten alle irgendwo Federn lassen, es wurde gleichzeitig auch mutig, optimistisch geplant bezüglich Steuerertrag und Transferaufwand, doch dass denken wir, ist berechtigt. Im Ganzen, mit den Wolken am Horizont, bedauern wir aber natürlich auch, dass wir die Finanzstrategie immer noch nicht aktualisiert haben. Aber trotzdem sind wir klar der Meinung, dass wir jetzt mit diesem Budget, welches der Gemeinderat – das nehmen wir an – nach bestem Wissen und Gewissen vorlegt, ein Budget haben, mit welchem wir nächstes Jahr arbeiten können. Es hat gewisse Schwächen, doch diese sind aus unserer Sicht im Rahmen des Akzeptierbaren.

Jetzt will in dieser Situation ein Teil des Parlaments einerseits eine Rückweisung durchsetzen und/oder mit Anträgen Kürzungen vornehmen. Ein Rückweisung erachten wir als verantwortungslos. Wir sind im Jahr 1 nach Steuererhöhung und im Jahr 2 nach Corona. Beides, aber insbesondere der budgetlose Zustand, hat unserem Personal schwierige Zeiten beschert, hat vielen Projekten einen Rückstand eingehandelt. Wir finden es schlicht nicht zumutbar, dass man nochmals dieses Risiko eingehen soll, dass dies eintritt.

Wenn es so einfach wäre, diese Million zu kürzen, dann hätte dies der Gemeinderat ja hoffentlich gemacht. Und wenn man nicht glaubt, dass der Gemeinderat dies hätte machen können, dann kann man dies einfach auch als Misstrauensvotum lesen – ich kann es nicht anders sagen. Die antragstellenden Parteien, welche für diese Kürzungen oder gar die Rückweisung gemeinsam eintreten, haben auch eine Mehrheit im Gemeinderat. Es ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, warum wir dies hier diskutieren und ihr nicht eure Gemeinderäte in die Verantwortung nehmt.

Bezüglich der vielen Kürzungsanträge sind wir über diese lange Liste erstaunt. Das ist für uns Mikromanagement. Wir sprechen wieder im Plenum zu Fünzigst über mittlere fünfstellige Beträge. Das scheint uns einfach nicht die Flughöhe dieses Parlaments zu sein. Und mich regt dies speziell auf, wenn ich daran zurück denke, dass wir vor zwei Monaten hier ein minimales Qualitäts- und Kostenmanagement in einem CHF 35 Mio. Bauprojekt abgelehnt haben, als man mir vorgeworfen hat, dass dies Mikromanagement sei. Das ist für mich nicht mehr nachvollziehbar.

Ein Kürzungsantrag ist aber gar nicht im Mikrobereich, nämlich diese Reduktion der Einlage in den Klimafonds um rund CHF 350'000 im Antrag 12. Anders gesagt: Die SVP und die FDP finden Klimaschutz unnötig und beginnen im Jahr 1 nach der Einführung des Klimareglements, diese Rückstellungen zu torpedieren. Es ist Sinn und Zweck einer Rückstellung, dort konstant Einlagen zu machen, damit man dort einen minimalen Bestand an Geld hat, damit man über mehrere Jahre planen kann, um die Mittel zeitgemäss und sinnvoll einzusetzen. Es ist darum ganz wichtig, dass man damit bereits jetzt beginnt - die geplanten CHF 400'000 sind nach allen Fakten, welche vorliegen, sowieso langfristig zu wenig. Das Reglement trifft im März 2024 in Kraft, die Einlagen werden gemacht werden müssen. Wenn das Parlament beschliesst, diese abzulehnen, dann wird es eine Beschwerde geben und die zuständige Instanz wird entscheiden müssen. Nach unseren Vorabklärungen hat eine solche Beschwerde gute Chancen und es wäre darum eher absurd, dies heute zu beschliessen. Es wäre aus unserer Sicht auch eher unseriös, wenn ein Parlament ein Klimareglement mit bestimmten Finanzierungsmechanismen beschliesst und sich diese dann aber selber nicht genehmigt.

Dann noch zu den Kürzungsanträgen sonst. Ich gehe nicht auf alle ein, sondern auf jene, welche uns speziell aufgefallen sind. Vor allem auf zwei:

- Antrag 6, Konto 3119: Das wird schwergewichtig die Digitalisierungsvorhaben im Informationszentrum treffen. Wir können nicht nachvollziehen, warum man hier sparen will und gleichzeitig nach einer effizienteren, modernen und schlanken Verwaltung ruft.
- Antrag 10, Konto 3144: Dort haben wir das erste Mal eine Analyse, schwarz auf weiss. Wir haben es im IAFP gehört, wir wissen wie der Zustand unserer Immobilien ist. Es ist ein klarer Aufholbedarf da und jetzt will man dort kürzen. Das ist keine nachhaltige Finanzpolitik, wir haben es vom OZK gehört, und es ist auch ein schlechtes Signal an die Mitarbeitenden grundsätzlich. Egal, wie faktenbasiert man argumentiert, in der Politik oder in der Mehrheit des Könizer Parlaments geht es um eine Sparideologie. Das kann es doch einfach nicht sein.

Der einzige Änderungsantrag, welchen wir unterstützen, ist jener auf den vollen Teuerungsausgleich der SP. Wir finden, wir haben aus Sicht Arbeitgeberin eine anspruchsvolle Situation mit anstehenden Pensionierungen, Fachkräftemangel, grossem Konkurrenzkampf zwischen Arbeitgebenden und es ist auch noch nicht lange her, dass wir einen budgetlosen Zustand hatten und die Mitarbeitenden mussten diese Nachwehen ausbaden. Und wir sind eine attraktive Gemeinde, welche weiter wächst und wir müssen wertvolle Dienstleistungen für unsere Bevölkerung anbieten. Wir müssen den Investitionsstau abbauen, wir müssen den Unterhaltsstau abbauen, wir müssen diese Gemeinde zukunftstauglich machen, das braucht Ressourcen und Personal.

Es ist uns bewusst, es hat Wolken am finanzpolitischen Horizont und diese müssen angegangen werden. Wir bitten den Gemeinderat wirklich, hier vorwärts zu machen und eine mittel- und langfristig solide Finanzstrategie zu entwickeln. Aber diese hier zusammengeflackten Kürzungsanträge bringen aus unserer Sicht gar nichts.

Darum abschliessend: Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderates in allen Punkten. Wir unterstützen den Antrag Teuerungsausgleich der SP und wir lehnen sämtliche Kürzungsanträge ab.

**Fraktionssprecher FDP, Dominic Amacher:** Uns liegt das Budget 2024 vor und ihr seid nicht überrascht, dass wir sagen, dass wir mit diesem Ergebnis nicht einverstanden sind und nicht zufrieden. Wir haben uns viele Gedanken gemacht, wie wir mit diesem Budget umgehen wollen und unser Fazit ist, eine Rückweisung ist nicht zielführend. Eine Zusatzrunde bringt nicht viel mehr und beschäftigt die Verwaltung. Aber wir können hinter diesem Verlust in der Höhe von CHF 1 Mio. nicht stehen. Es darf doch nicht wahr sein, dass wir bereits im ersten Jahr beginnen, die Reserven anzuzapfen, das kann es doch wirklich nicht sein. Es liegt in unserer Verantwortung und da zählen wir alle Fraktionen dazu, dass wir mit schwarzen Zahlen planen. Und da frage ich mich, wie macht ihr es denn privat? Lebt ihr, wenn ihr mehr ausgebt, damit weiter und habt das Gefühl, ihr könnt mehr Lohn holen? Ich weiss nicht, aber das macht ihr vermutlich nicht, dann müsstet ihr mir diesen Arbeitgeber angeben, wo man einfach immer wieder etwas mehr holen kann.

Wir haben mit der SVP zusammen entsprechende Anträge eingereicht. Wir werden sehen, wer diese unterstützt und wir hoffen, dass wir diese durchbringen, damit wir das Budget verabschieden können.

Wir müssen aber auch wohl oder übel beide Augen fest zudrücken, dass wir beim Personal- und Fachaufwand wirklich massiv mehr Ausgaben haben, das habe ich bereits erwähnt, aber wir stehen ganz klar auch hinter dem Teuerungsausgleich von 2.5%, dieser ist kommuniziert und es wäre sehr heikel, wenn man hier nachträglich daran rumschrauben würde.

Auch den Budgetprozess, das hat Matthias bereits erwähnt, könnte man sicherlich besser machen. Es ist schwierig, wenn etwas bereits kommuniziert ist, noch darüber zu debattieren, da müsste man sicherlich über die Bücher. Doch darüber diskutieren wir auch bereits seit längerem.

Eine elementare Erkenntnis für uns ist auch ganz klar, dass eine Zielerreichung schwierig ist, wenn es laufend wechselnde Allianzen gibt. Oder, während des Jahres kämpft die SVP mit uns eigentlich erfolglos gegen gewisse Mehrausgaben - da schaue ich auch die Mitte-Fraktion an. Für uns ist es ziemlich schwierig, wenn man dann mit dem Budget plötzlich wieder einen Wechsel macht, da fragen wir auch, ist das wirklich noch glaubwürdig? Wir finden, hier müsste man sicherlich noch etwas besser zusammen kommunizieren, denn – hier kommt eine etwas rhetorische Frage an die Mitte – ist euch noch wohl dabei? Ihr seid ja eigentlich auch für eine restriktive Finanzpolitik.

Aber ich bin trotzdem auch erstaunt: Ihr von der SP und den Grünen kritisiert all diese Anträge, doch gleichzeitig wollt ihr bereits wieder mehr wegen der Teuerung ausgeben. Und auch während des Jahres seid ihr die ersten, welche nicht zurückziehen, wenn es darum geht, etwas Neues zu beschliessen. Wir müssten dort vor allem beginnen, damit wir von ausgeglichenen Zahlen sprechen können.

Aber wie gesagt, für uns ist dieser Verlust nicht überraschend. Fakt ist, wir können uns nicht alles gleichzeitig leisten und da müssen wir zuerst einmal den Gemeinderat in die Verantwortung nehmen, dass die Ansagen auch durchgezogen werden. Wir haben zuvor im IAFP darüber gesprochen. Weiter müssen wir uns aber auch bewusst sein, dass wir nicht laufend den Verwaltungsapparat ausbauen und belasten können. Wir haben Vorstösse, wir haben neue Aufgaben, wir haben Reglementsanpassungen, wir haben Verschärfungen und andere Leerläufe und das ist nicht nur Gift für die Kasse, sondern es ist auch eine Provokation für einen Ausbau der Verwaltung. Das müssen wir uns einfach bewusst sein.

Bei den Investitionen ist es auch so, wir können nicht immer extreme Investitionen anstossen, wir müssen ganz klare Prioritäten setzen, denn bekanntlich belasten diese die Erfolgsrechnung mit Abschreibungen und Zinsen und binden Ressourcen. Das Personal, da sind wir uns einig, ist das wichtigste Kapital, aber trotzdem ist es auch dort wichtig, mit Augenmass dahinter zu bleiben. Stellenausbau, Teuerungsausgleich, Lohnerhöhungen, das sind nicht nur bei der Gemeinde Themen, das ist in allen Betrieben Thema, wo man immer mit Augenmass dran sein muss. Natürlich gönnt man von Herzen immer allen eine Lohnerhöhung und einen Teuerungsausgleich. Aber darum geht es ja nicht. Und darum sagen wir ja auch "Ja" zu diesem ganzen Paket.

Aber wir können uns andere Sachen nicht leisten. Der Klimafonds. Du, Christina Aebischer, unterstellst uns, wir wollen keinen Klimaschutz. Das ist eine Unterstellung, welche ich nicht stehen lassen kann. Denn man kann auch Investitionen beschliessen, wie zum Beispiel mit dem Elektro-Fahrzeug, welche sehr wohl im Sinne des Klimareglements sind. Und darum auch dort: Manchmal muss man die Erfolgsrechnung 100% belasten und noch gleichzeitig die Investitionen machen. Irgendwann haben wir eine Doppelbelastung und es ist trotzdem Realität. Das hat das Parlament beschlossen und dies jetzt dem Gemeinderat vorwerfen zu wollen, er hätte dies jetzt als Vorwand gebracht, erachte ich als mutig. Für uns ist diese Aussage nicht ganz plausibel. Aber eben, wir müssen Prioritäten setzen. Unsere Anträge helfen, diese CHF 1 Mio. runter zu bringen und ich komme sicher später noch darauf zurück.

Wir können heute künftige Sparrunden vermeiden, indem wir diese Korrekturen machen. Das ist viel einfacher, als dann in zwei Jahren wieder über Sparrunden und neue Aufgabenüberprüfungen zu diskutieren. Dann will man wieder jemandem anderen die Schnecke unterschieben und der Spruch, es ist ja nur das Budget, dieser greift zu kurz. Denn beschlossene Budgetposten sind immer schwierig, wieder rückgängig zu machen.

Aber das Fazit ist: Wir haben Anträge, bei welchen ich den Eindruck habe, dass die Mitte unsere Anträge unterstützt und umgekehrt. Ich bedauere, dass die SP und die Grünen nicht mithelfen, aber wir wollen heute ein Budget verabschieden, das heisst, wir müssen über diese Anträge debattieren. Das ist im Sinne des Parlaments, des Gemeinderats, aber vor allem auch im Sinne der Verwaltung.

Die FDP-Fraktion wird den Punkten 1 und 2 einstimmig zustimmen. Beim Punkt 3 werden wir auch zustimmen, insofern diese Anträge summenmässig durchkommen.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer:** Das vorliegende Budget ist ein Kompromiss. Der Gemeinderat hat ihn mit Umsicht und Verantwortung geschmiedet und zu Händen des Parlaments beschlossen. Wir sind der Ansicht, dass dieses vorliegende Budget realistisch und zielführend für Köniz ist.



Es ist ein realistisches Budget, ohne dass wir es schöngefärbt haben. Es ist auch nicht irgendwie ein Theater, wie ich hier manchmal beinahe den Eindruck hatte, oder ein Schauspiel. Es ist ernst. Es geht um unsere Gemeinde und es ist wichtig, sich hier an Fakten zu halten und nicht an Zeichen. Es geht auch nicht darum, ob ein Budget cool ist oder nicht.

Der Gemeinderat hat tatsächlich keine Anträge für das Parlament erarbeiten wollen. Ich bin etwas erstaunt, dass ich dies hier überhaupt sagen muss. Und Matthias Müller, du hast sehr wohl inhaltlich etwas vom Gemeinderat gehört: Ich habe dir oder deiner Fraktion nämlich geschrieben, der Gemeinderat habe das Budget zu Händen des Parlaments verabschiedet und es liegt in der Kompetenz des Parlaments, dieses Budget zu beraten und allfällige Anträge auszuarbeiten. Es wäre wirklich paradox, wenn wir unser eigenes Budget korrigieren würden. Und das würde ja suggerieren, dass wir dieses tatsächlich nicht ernst genommen hätten und das weise ich wirklich entschieden von mir. Ich habe dir auch geschrieben, dass wir der Ansicht sind, dass das vorliegende Budget für Köniz realistisch und zielführend ist und wir diese Ansicht nicht teilen, dass es hier per se darum geht, ein ausgeglichenes Budget zu haben, damit es das richtige oder "coole" Budget ist.

Dann zur Unterstellung betreffend meiner Rolle in Sachen Personal. Darauf gehe ich nicht direkt ein. Für mich ist dies eigentlich nicht die Art und Weise, wie wir hier miteinander sprechen, aber ich sage gerne etwas zum Teuerungsausgleich, welcher dem Gemeinderat auch sehr wichtig ist: Hier wird oft gesagt, wir sollen es wie im Grossen Rat machen. Ihr könnt gerne mal die Medienmitteilung des Regierungsrates zum Budget lesen. Die Lohnmassnahmen sind im Titel und im ganzen Lead erwähnt. Und wenn ihr gleich dran seid, dann könnt ihr auch gleich noch die Zahl lesen. Diese Medienmitteilung ging vor der Beratung des Grossen Rates raus. Es ist also in keiner Art und Weise speziell, dass der Gemeinderat, wenn er das Budget zu Händen des Parlaments verabschiedet, auch eine Aussage über die Lohnmassnahme macht. Das ist sogar unsere Rolle. Und selbstverständlich besprechen wir diese mit der Personalvereinigung.

Die Darstellung war auch nochmals ein Thema: Wir haben tatsächlich dieses Problem, dass wir beim Thema Hochrechnung mit der Finanzkommission noch keinen Weg gefunden haben, wie wir diese Hochrechnungszahlen so darstellen können, dass es für euch stimmt. Das ist keine Absicht. Wir sind aber der Meinung, dass ihr diese Hochrechnungszahlen kennen müsst. Wenn wir euch diese nicht sagen und es sieht so aus, als würde auch das Jahr 2023 wieder ein sehr gutes Rechnungsjahr werden, dann würden wir euch sehr relevante Fakten verheimlichen und das würde ich nicht richtig finden. Jetzt kann man sagen, es ist in der falschen Spalte dargestellt und für euch so nicht nachvollziehbar, das nehme ich wirklich gerne entgegen. Und nochmals, wir wollen dies besprechen, denn wir wollen nicht, dass ihr wegen der Darstellung verstimmt seid. Mir ist es zu wichtig, dass wir über den Inhalt zusammen sprechen können. Das ist wirklich keine Absicht. Im Gegenteil, dahinter ist die Idee, dass wir euch alles, was wir zum heutigen Zeitpunkt bereits wissen, transparent darstellen wollen.

Jetzt komme ich gerne zu den Fakten selber: Wir hatten eine Rechnung 2022, welche sehr positiv war. Mit CHF 15.8 Mio. haben wir fast zwei Steuerzehntel in Reserve und wenn ich bedenke, wie die Situation vor zwei Jahren ausgesehen hat, dann ist es grundsätzlich ein Aufatmen und es ist positiv. Jetzt ist aber die Frage, warum diese Rechnung so gut herausgekommen ist? War alles gut? Wie kam es zu diesem Rechnungsergebnis? Budget und Rechnung haben ja einen engen Zusammenhang. Das Budget ist der Plan und die Rechnung ist die Realität. Die Rechnung ist sehr wichtig und in diesem Fall ist es tatsächlich so, ein Teil war sehr gut und zwar der Steuerertrag. Dieser war unerwartet gut, so wie übrigens in vielen anderen Gemeinden und in anderen Kantonen auch. Das war ein übergeordnetes Phänomen, welches niemand vorausgesehen hat und darum hatten fast alle eine so gute Rechnung. Und da können wir eigentlich einfach Danke sagen, das ist erfreulich für uns und in dieser Situation sicherlich eine grosse Entlastung für alle. Aber ein Teil dieses Überschusses kam auch zustande, weil wir unter Budget geblieben sind, sprich wir haben Gelder gar nicht ausgegeben, welche fest eingeplant waren. Und wenn ich sehe, wie wir jetzt um jeden Rappen ringen und man dann beim Personal CHF 2 Mio. unter Budget bleiben, dann ist dies nicht per se positiv. Es heisst, dass wir einen enormen Fachkräftemangel hatten. Obwohl wir viel mehr Geld als budgetiert für die Rekrutierung ausgeben mussten. Und das sollte uns wirklich Sorgen machen: Egal, was man will und was man macht, wir brauchen Leute, welche arbeiten. Das ist allen klar und das ist ein grosses Thema. Und das waren bereits CHF 2 Mio. und wir konnten viel weniger Investitionen realisieren, als vorgesehen. Das sind also Mittel, welche wir im Jahr 2022 nicht ausgegeben haben, obwohl wir hier abgemacht haben, dass wir diese ausgeben wollten. Und darum sind wir der Meinung, dass man diese CHF 1 Mio. auch als Nachholbedarf anschauen kann. Man kann also auch sagen, wir hätten eigentlich – und zwar mehr als diese CHF 1 Mio. – im Jahr 2022 zielführend einsetzen müssen und das ist uns leider aus verschiedenen Gründen nicht gelungen. Und dieser Bedarf ist immer noch da.

Das vorliegende Budget ist also wirklich ein Kompromiss, wir haben in vielen Themen darum gerungen. Ein Thema habt ihr bereits angesprochen, das ist der Personalbestand, also der Zuwachs: Es wäre eigentlich viel mehr Bedarf da und wir haben gesagt, da müssen wir aufgrund der aktuellen Situation hinschauen, das geht nicht, obwohl wir wissen, dass es eigentlich mehr Ressourcen benötigen würde. Wir haben bei Sanierungen und Renovationen zuerst einen viel höheren Bedarf im Budget gehabt und dieser war auch mit dem Tool begründet, welches wir neu haben, in welchem alles bewertet worden ist. Auch dort haben wir gesagt, dass wir zwar sehen, dass dies wichtig ist, aber es ist schwierig. Es wurde mehrfach gesagt, wir haben diese Steuererträge realistisch budgetiert – wir hoffen es zumindest, dass diese realistisch budgetiert sind. Wir haben es nämlich aufgrund von Annahmen aus der Vergangenheit gemacht. Ich muss auch sagen, wenn man ein Rechnungsergebnis über CHF 10 Mio. positiv hat, dann ist dies für mich gut und ich bin damit zufrieden. Aber das heisst dann natürlich auch, dass wir nicht richtig budgetiert haben und man zu wenig bei den Steuereinnahmen budgetiert hat. Das heisst, ihr habt gar nicht gewusst, wie die Situation ist und wir wollen dies nachführen. Dort haben wir wirklich realistisch budgetiert. Und wir haben beim Transferaufwand, welcher der Kanton eigentlich grundsätzlich immer sehr pessimistisch herausgibt, so dass die Gemeinden dies in ihren Budgets so einplanen, obwohl man von Anfang an bereits weiss, dass da vermutlich wirklich noch Luft drin ist, das haben wir dieses Mal für Köniz rausgerechnet. Auch aufgrund vergangener Erfahrungen.

Ihr seht also, wir haben uns wirklich Gedanken gemacht und das Budget ist wirklich sehr realistisch. Und vor diesem Hintergrund zu sagen, sucht nochmals CHF 1 Mio., das kann man zwar, aber es ist nicht die Art und Weise, wie wir dahinter gegangen sind. Wir wollten erklären warum und wir haben uns wirklich gestreckt und sind zum Schluss gekommen, dass dies realistisch und auch ehrlich ist, wenn wir dies so budgetieren. Mir ist klar und auch ich hätte lieber ein Budget mit CHF 2 Mio. im Positiven gehabt. Das wäre viel schöner, aber es wäre deswegen nicht wahr.

Ich hatte bei den Diskussionen zum Teil ein Déjà-vu und hatte auch den Eindruck, dass dies für uns alle ein schwieriges Thema ist. Alle wünschen es sich besser und die Situation ist, wie sie ist. Vor diesem Hintergrund, bei welchem ich manchmal auch das Gefühl habe, wir drehen uns im Kreis um uns selber, möchte ich euch einladen, mal einen Blick über die Gemeindegrenzen hinaus zu wagen: Bei der Rechnung 2022 habe ich zuvor gesagt, nicht nur wir hatten einen solchen guten Steuerertrag, auch andere Gemeinden. Sprich, es gibt externe Faktoren, welche wir als Gemeinde gar nicht beeinflussen können. Wir sind in hohem Masse von äusseren Faktoren abhängig. Der grösste Teil von unserem Budget können wir hier beeinflussen, dieser kommt von anderen Staatsebenen und auch bei den Einnahmen, beim Steuerertrag, kommt es sehr stark auf die Konjunktur darauf an. Es kommt auf so viele Themen an. Auch den Fachkräftemangel können wir nicht alleine bekämpfen. Und das sieht man auch in den Budgets der Städte und Gemeinden um uns herum. Die Stadt Bern: Defizit CHF 37.2 Mio. bei einem Gesamtaufwand von CHF 1.3 Mrd. Wir haben CHF 247 Mio., auch wenn man es hochrechnet, so haben sie doch ein deutlich höheres Defizit als wir. Nun sagt ihr vielleicht, nun gut, die Stadt Bern, das nehmen wir nicht als Vergleich. Dann zitiere ich gerne Ostermundigen: Defizit von CHF 2.6 Mio. bei einem Umsatz von CHF 120 Mio. Also auch diese haben ein deutlich grösseres Defizit als wir. Nun könnt ihr auch hier sagen, das hat man ja gewusst, darum hatten sie auch Diskussionen mit der Stadt Bern. Dann gehen wir doch nach Ittigen. Ittigen ist ja nicht gerade als rot-grüne Gemeinde bekannt, welche irgendwie ausgabenfreudig budgetiert. Diese haben ein Defizit von beinahe CHF 2 Mio. im aktuellen Budget, bei einem Umsatz von etwa CHF 80 Mio. Dann noch Muri, wo ich sagen würde, dies ist eher eine FDP-Hochburg, als dass dort rot-grün regieren würde: Diese haben ein Defizit von CHF 2 Mio. Der Umsatz ist dort auch etwa CHF 80 Mio. Ich sage jetzt nicht, dass wir wie die anderen sind. Das weiss ich sehr gut, wir sind wirklich eine spezielle Gemeinde, wir sind anders, als die anderen. Aber in vielen Faktoren müssen wir manchmal auch die Demut haben zu akzeptieren, dass sie auch auf uns einen gewissen Einfluss haben und wir nicht einfach hier drin mit Debatten diesem Total entfliehen können. Es gibt also aktuell in vielen Gemeinden hier in der Region Bern die Situation, dass sie ein Defizit haben, welches sie budgetieren müssen und ich denke auch bei diesen wäre es möglich gewesen, irgendwo den Steuerertrag unbegründet um CHF 1 Mio. zu erhöhen. Aber wie wir als Gemeinderat auch, haben auch diese Gemeinderäte beschlossen, dass sie das nicht machen, denn es wäre nicht realistisch.

In diesem Sinne bitte ich euch, diesem Kompromiss, welchen wir gemeinsam ausgehandelt haben, worüber wir debattiert haben, wo wir auch wirklich den Bedarf in der Verwaltung erhoben haben, welches ein Prozess war, welcher sehr gut war, auch in der Verwaltung, wo wir sehr viel abgeklärt haben, was für uns ein wichtiges Planungsinstrument ist, diesem Kompromiss so zuzustimmen, wie wir euch vorschlagen.

Und ich gehe davon aus, dass ich zu den Anträgen später nochmals spreche.

### Detailberatung Budget der Erfolgsrechnung

**Casimir von Arx, GLP:** Ich mache nicht lange: Wir beantragen einen Sitzungsunterbruch nach dem Votum der Gemeindepräsidentin oder des Gemeinderates.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer:** Ich habe schon im Vorfeld gesagt, dass der Gemeinderat euch bittet, das Budget so zu genehmigen, wie er es vorgeschlagen hat. In diesem Sinn ist auch folgerichtig, dass wir euch natürlich alle Anträge inkl. der Rückweisung zur Ablehnung empfehlen.

Ich würde aber gerne einige Sachen zu den Anträgen selber sagen. Einige Werte in der Spalte Budgetkredit oder Budgetkredit beantragt betreffen den Gesamthaushalt und nicht den Steuerhaushalt, wie es dann in der Spalte darauf steht. Das ist eigentlich richtig, denn ihr konntet es auch gar nicht anders aus den Unterlagen herauslesen. Wir verstehen es so, dass wir sinngemäss immer den Betrag, also die Differenz im Steuerhaushalt einsparen würden. Also dort, wo der Betrag den Gesamthaushalt betrifft. Die Differenz würden wir jeweils im Steuerhaushalt einsparen.

Dann will ich gerne etwas zu den Anträgen 2 bis 4 sagen: Das betrifft die Büromaterial-Kürzung, die Kürzung im Betriebs- und Verbrauchsmaterial und die Kürzungen bei Büromöbel und Geräte, das ist eine sehr sumerische Aussage von mir. Viele dieser Positionen wurden bereits in den vergangenen Runden gekürzt, denn das sind diese Positionen, bei welchen man am Wenigsten Skrupel hat. Das ist immer dort, wo man denkt, dass es ja nichts mache. Aber, ich muss euch sagen, wir sind hier schon ziemlich an der Grenze, es ist sehr schwierig und einen gewissen Bedarf hat man nun mal. Da haben wir schon sehr viel gemacht. Es wird nicht ganz einfach, das so zu kürzen. Wir sind kostenbewusst und möchten das hier nochmals festhalten, dass man dort nicht unnötig Beträge eingeplant hat, bei welchen wir denken, dass wir sie nicht brauchen. Das dazu und ich würde dann meinen Kollegen das Wort geben, welche zu ihren Anträgen noch etwas sagen werden.

Ich bin aber noch von der Mitte-Fraktion zum Antrag 12 gefragt worden, Einlage in die Vorfinanzierung des Klimaschutzfonds: Die erste Frage war, um was für eine Einlage es sich handelt. Gemäss Klimaschutzreglement handelt es sich um Buchstabe e), Erträge aus der Abgabe der Strom-, Gas- und Wärmeverteilnetzbetreiber für die Benützung des öffentlichen Grundes gemäss entsprechendem Reglement. Ihr habt diesen Beschluss am 19. Juni gefällt, dann war das Budget bereits erstellt, das haben wir nachgetragen. Die Herleitung des Betrages ist aus der Buchung nicht erkennbar, darum haben wir noch die Herleitung beantwortet. Es ist so, dass mit den tiefsten Prozentwerten gerechnet wurde. Ihr habt im Klimaschutzreglement eine Bandbreite angegeben und der Gemeinderat hat ganz im Sinne des Kompromisses immer die tiefsten Werte genommen. Und dann war noch die Frage, ob die Einlage aufgrund des am 1. März in Kraft tretenden Klimareglements auch dann getätigt werden kann, wenn das Parlament diese Einlage aus dem Budget streicht. Das heisst, könnt ihr eine Regel, welche ihr selber erstellt habt, jetzt auch selber wieder über den Haufen werfen? Es tritt am 1. März 2024 in Kraft, darum hat der Gemeinderat dies als Auftrag verstanden und entsprechend auch eingelegt. Wenn ihr jetzt als das für das Budget zuständige Organ zu einem anderen Schluss kommt und diesen Budgetposten wieder streicht, dann könnte man diese Einlage nicht gemäss Klimareglement machen und falls es dann eine Beschwerde geben würde, dann müsste die Beschwerdeinstanz entscheiden, ob dies jetzt richtig ist oder nicht. Den rechtlichen Stand heute können wir nicht sagen und ob dies einer Beschwerde standhalten würde oder nicht.

**Gemeinderat Christian Burren:** Ich will zum Antrag Nr. 5, zur Kürzung bei Maschinen, Geräte und Fahrzeugen etwas sagen: Selbstverständlich kann man das dort machen, ihr habt eine Kürzung in der Höhe von CHF 150'000 beantragt. Man muss sich einfach bewusst sein, dass das in der Erfolgsrechnung ein Wert ist, welcher sehr stark schwanken kann. Hinterlegt ist das Flottenmanagement, ein Mehrjahresplanung, darum schwankt es auch. Zusätzlich ist euer Auftrag für die Elektromobilität hier abgebildet. Wenn ihr diesen kürzt, würde dies selbstverständlich dazu führen, dass gewisse Abteilungen ihre Dienstleistungen nicht mehr so erbringen könnten, wie dies vorgesehen ist und darum will ich euch dort davon abraten.

Der Antrag Nr. 9, Unterhalt Strassen und Verkehrswege, das ist ein Klassiker: Ich habe heute Abend einmal gehört, dass man bei den Hochbauten den Unterhalt vernachlässigt habe. Jetzt konnte man dort mit einer Software klar darlegen, wie viel Unterhalt man da machen muss, damit man nicht ins Messer läuft wie beim OZK. Selbstverständlich haben wir das bei den Strassen schon lange. Wenn man dort den Unterhalt in der Höhe machen würde, damit der Wert erhalten bleibt, so wie dies unser "Logo" vorsieht, dann wären das wesentlich höhere Beträge. Man hat im Strassenunterhalt massive Anstrengungen unternommen, man baut Stellen ab, man hat rationalisiert.

Wenn man jetzt versucht, das aufzufangen und das bei steigender Fläche – wir investieren ja stets und erweitern unser Strassennetz – und hier jetzt nochmals kürzt, so finde ich, dass dies ein schlechtes Signal an die Mitarbeitenden des Strassenunterhalts ist. Und auch hier bitte ich euch darum, darauf zu verzichten.

**Gemeinderat Hansueli Pestalozzi:** Ich will noch etwas zum Antrag 6 sagen: Das ist etwas verklausuriert "übrige nicht aktivierbare Anlagen", diese CHF 480'000. Wenn man nachschaut, dann sind davon CHF 450'000 im Informatikzentrum vorgesehen. Was ist das dort genau? Das ist das, was ihr hier gefordert habt: Das war ein Vorstoss zur Verwaltungsreform mit Schwerpunkt Digitalisierung, welche wir nun versuchen umzusetzen. Das haben wir an die Hand genommen und haben IT-Vorhaben geplant. Es wurde auch hier gesagt: Bei der Digitalisierung muss man zuerst mit etwas mehr Kosten rechnen, bis man dann effizienter wird. Das ist genau dieser Budgetposten. Das sind geplante IT-Vorhaben, das sind Projekte, welche uns aus den Abteilungen gemeldet worden sind. Das sind Ablösungen von Applikationen, das ist zusätzliche IT-Arbeitsinfrastruktur, damit man mobil unterwegs sein kann. Wir haben eine Detailliste, auf welcher das alles sauber aufgelistet ist. Also auch dieser Betrag ist nicht einfach zufällig. Und eine Kürzung um CHF 150'000, wie dies jetzt so im Raum steht, das würde diese Digitalisierungsvorhaben empfindlich treffen und da ist die Frage, ob man dies will. Man kommt dann weniger schnell vorwärts. Oder ob man will - was ihr gesagt habt und was auch wir im Gemeinderat wollen - dass man vorwärts kommt, damit man das bald realisieren kann. Darum bitte ich euch, auf diese Kürzung zu verzichten.

### **Beschluss Antrag Sitzungsunterbruch**

Das Parlament stimmt dem Antrag auf Sitzungsunterbruch zu.  
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

### **Diskussion (Fortsetzung)**

**Dominic Amacher, FDP:** Die FDP- und SVP-Fraktionen ziehen den Antrag 7a. zurück.

### **Beschluss Rückweisungsantrag**

Das Parlament lehnt folgendem Rückweisungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion ab:

Das Budget 2024 wird mit folgender Auflage zurückgewiesen:

Der Gemeinderat passt das Budget 2024 dergestalt an, dass im Steuerhaushalt kein Defizit mehr resultiert. Die Anpassung erfolgt ausschliesslich ausgabenseitig. Der Personalaufwand wird nicht reduziert.

(Abstimmungsergebnis: 10 Stimmen dafür, 29 dagegen)

### **Beschluss Einlage in die Zinsschwankungsreserve (GR-Antrag, Ziffer 1)**

Das Parlament beschliesst im Budget 2024 zu Lasten Konto 1680.3893.10 keine Einlage in die Spezialfinanzierung "Zinsschwankungsreserve" vorzunehmen.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

### Beschluss Steueranlage und Liegenschaftssteuer (GR-Antrag, Ziffer 2)

Das Parlament genehmigt mit dem Budget 2024 folgende Steuern zu erheben:

- a. die ordentlichen Gemeindesteuern im 1.58-fachen Betrag der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssatz.
- b. die Liegenschaftssteuer von 1.2 ‰ auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

### Beschluss Abänderungsantrag der SP/JUSO-Fraktion

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag ab:

Konto	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten
301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals und 305 Arbeitgeberbeiträge	<b>(inkl. 2.5% Teuerungsausgleich)</b> Konto 301: CHF 49'188'051 Konto 305: CHF 11'262'586	<b>(inkl. 3.1% Teuerungsausgleich)</b> Konto 301: CHF 49'475'981 Konto 305: CHF 11'328'514	Gesamthaushalt (Steuerhaushalt und Spezialfinanzierungen)

(Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür, 21 dagegen)

### Beschluss Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag zu:

Konto	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten	
3100 Büromaterial	CHF 282'270	CHF 257'270	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)	EVP-GLP-Mitte

(Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 18 dagegen)

### Beschluss Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag zu:

Antrag	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten	
3101 Betriebs-, Verbrauchsmaterial	CHF 2'047'980	CHF 1'997'980	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)	EVP-GLP-Mitte

(Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 18 dagegen)

**Beschluss Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag zu:

Konto	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten	
3110 Büromöbel und Geräte	CHF 562'660	CHF 512'660	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)	EVP-GLP-Mitte

(Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 18 dagegen)

**Beschluss Abänderungsantrag der FDP und SVP Fraktionen**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag zu:

Konto	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten	
3111 Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	CHF 933'500	CHF 783'500	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)	FDP/SVP

(Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 18 dagegen)

**Beschluss Abänderungsantrag der FDP und SVP Fraktionen**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag zu:

Konto	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten	
3119 Übrige nicht aktivierbare Anlagen	CHF 480'000	CHF 330'000	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)	FDP/SVP

(Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 18 dagegen)

**Beschluss Abänderungsantrag EVP-GLP-Mitte-Fraktion**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag zu:

Konto	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten	
3130 Dienstleistungen Dritter	CHF 5'374'492	CHF 5'124'492	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)	EVP-GLP-Mitte

(Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 18 dagegen)

**Beschluss Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag zu:

Konto	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten	
3132 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	CHF 670'851	CHF 620'851	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)	EVP-GLP-Mitte

(Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 18 dagegen)

**Beschluss Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag zu:

Konto	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten	
3141 Unterhalt Strassen / Verkehrswege	CHF 811'310	CHF 736'310	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)	EVP-GLP-Mitte

(Abstimmungsergebnis: 19 Stimmen dafür, 18 dagegen)

**Beschluss Abänderungsantrag der FDP und SVP Fraktionen**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag zu:

Konto	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten	
3144 Unterhalt Hochbauten, Gebäude	CHF 3'917'987	CHF 3'717'987	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)	FDP/SVP

(Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 18 dagegen)

**Beschluss Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag zu:

Konto	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten	
3170 Reisekosten und Spesen	CHF 331'245	CHF 281'245	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)	EVP-GLP-Mitte

(Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 18 dagegen)

## Beschluss Abänderungsantrag der FDP und SVP Fraktionen

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag ab:

Konto	Budgetkredit	Antrag	Zu Lasten	
3893 Einlagen in Vorfinanzierungen des EK	CHF 1'572'218	CHF 1'222'218	Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)	FDP/SVP

(Abstimmungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 28 dagegen)

## Beschluss über Erfolgsrechnung (GR-Antrag, Ziffer 3)

Das Parlament genehmigt das Budget der Erfolgsrechnung 2024:

Gesamthaushalt	CHF 246'689'827
Gesamtertrag	CHF 246'000'730
Ertragsüberschuss	CHF 689'097

Davon:

### Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)

Ertragsüberschuss vor Einlage in finanzpolitische Reserve	CHF 9'874
Ergebnis nach Einlage in finanzpolitische Reserve	CHF 0

### Spezialfinanzierte Haushalte

Ertragsüberschuss	CHF 689'097
-------------------	-------------

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

PAR 2023/107

## Erhöhung der Liegenschaftssteuer vors Volk - Teilrevision der Gemeindeordnung

Beschluss und Botschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen

### 1. Ausgangslage

An der Parlamentssitzung vom 20.09.2021 wurde die Motion V2113 "Erhöhung Liegenschaftssteuern ist dem Volk vorzulegen" vom Parlament erheblich erklärt.

#### **Vorstosstext**

Der Gemeinderat wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Verwaltung dafür zu sorgen, dass eine allfällige Erhöhung der Liegenschaftssteuer zwingend eine Volksabstimmung bedingt. Neu soll nicht nur bei einer Erhöhung des Steuersatzes der obligatorischen Steuern, sondern auch wenn "nur" der Liegenschaftssteuersatz erhöht werden soll, die Könizer Stimmbevölkerung über das gesamte Paket (Budget, obligatorischer Gemeindesteuersatz und Liegenschaftssteuersatz) entscheiden können.



Die Liegenschaftssteuer ist eine besondere Vermögenssteuer, die als fakultative Gemeindesteuer ausschliesslich durch die Gemeinden erhoben wird (gemäss Art. 258 ff. StG). Die Gemeinden können selber bestimmen, ob sie eine Liegenschaftssteuer erheben wollen oder nicht. Die Liegenschaftssteuer muss von allen natürlichen und juristischen Personen bezahlt werden, die in der Gemeinde eine Liegenschaft besitzen. Aktuell beträgt die Liegenschaftsteuer 1.2 Promille des amtlichen Werts. Das entspricht einem Ertrag von ca. 11.0 Mio. CHF, welche in den allgemeinen Steuerhaushalt fliessen. Der Maximalsatz der Liegenschaftssteuer wird vom Kanton vorgegeben und beträgt 1.5 Promille des amtlichen Werts.

## 2. Rechtliche Grundlagen

Aktuell beschliesst in Köniz das Parlament jährlich zusammen mit der Budgetgenehmigung die ordentliche Gemeindesteuer sowie die Liegenschaftssteuer. Dies ist in der Gemeindeordnung geregelt (Art. 33, 45, 46). Damit die Stimmbevölkerung über den Satz der Liegenschaftssteuer entscheiden kann, muss daher die Gemeindeordnung geändert werden. Somit ist für die Änderung der Zuständigkeit zur Erhöhung der Liegenschaftssteuer eine Volksabstimmung erforderlich ist.

Die Forderung der Motion ist mit dem übergeordneten Recht vereinbar. Das kantonale Recht verlangt, dass das gesamte Paket (Budget; Anlage der obligatorischen Steuern; Satz der Liegenschaftssteuer) gemeinsam vom gleichen Organ beschlossen wird und dass bei einer Änderung der Steueranlage mindestens das fakultative Referendum offensteht (Art. 23 Gemeindegesetz; Art. 68 Gemeindeverordnung; Art. 261 Steuergesetz).

In der Gemeindeordnung müssten inhaltlich nur kleinere Anpassungen vorgenommen werden: Es genügt, in den genannten Artikeln 33, 45 und 46 jeweils den Einleitungssatz zu ändern, so dass es für die Frage, welches Organ über das gesamte Paket beschliesst, nicht nur auf die Anlage der obligatorischen Steuern ankäme, sondern neu auch auf die Anlage der Liegenschaftssteuer.

Die Änderungen sind grundsätzlich selbsterklärend. Artikel 33 GO wird so ergänzt, dass inskünftig auch für die Erhöhung der Liegenschaftssteuer eine Volksabstimmung erforderlich ist. In den Artikeln 45 und 46 soll je einen Vorbehalt eingefügt werden. Dieser Vorbehalt ist nötig, um zu klären, was gilt, wenn besondere Konstellationen zusammentreffen. Denkbar ist zum Beispiel der Fall, dass die Anlage der ordentlichen Gemeindesteuern gleich bleiben, aber der Satz der Liegenschaftssteuer steigen soll; in diesem Fall geht Artikel 33 GO vor, und es kommt zu einer Volksabstimmung. Im mutmasslich seltenen Fall, dass die Steueranlage sinken, aber die Liegenschaftssteuer steigen soll, kommt es ebenfalls zu einer Volksabstimmung.

## 3. Vorprüfung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung

Die Vorprüfung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung verlief positiv, die vorgelegten Ergänzungen wurden vorbehaltlos genehmigt.

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Mit x zu y Stimmen bei z Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:
  - Die Änderung der Gemeindeordnung (Art. 33, 45, 46) wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
  - Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.
2. Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

Köniz, 20.09.2023

Der Gemeinderat

## Beilagen

Abstimmungsbotschaft

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler:** Es handelt sich hier um ein Geschäft der Direktion Präsidiales und Finanzen.

Zu den Sitzungsakten: Wir haben einen Bericht und einen Antrag des Gemeinderates, wir haben eine Abstimmungsbotschaft und wir haben eine Tischvorlage mit einem Antrag der GPK. Es ist folgendes Vorgehen vorgesehen: Zuerst hat der Finanzkommissionspräsident das Wort, dann die GPK-Referentin, dann folgen die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten der Parlamentsmitglieder, der Gemeinderat und die Abstimmung.

Mit Mail vom 30.10.2023 habe ich darauf hingewiesen, dass Anträge zur Botschaft schriftlich vorliegen müssen. Die Redaktionskommission wird die Botschaftsseite mit den Pro- und Contra-Argumenten verfassen. Sie hält sich dabei an das Wortprotokoll. Mit Mail vom 30.10.2023 habe ich darum gebeten, dass die Argumente für und gegen die Vorlage in den Fraktionsvoten separat zu erwähnen sind. Das erleichtert der Redaktionskommission die Arbeit. Bitte äussert also die Argumente für die Botschaft separat, vielen Dank.

**Präsident Finanzkommission, David Müller:** Mit der Motion 2113 wurde im März 2021 gefordert, dass künftig eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer zwingend eine Volksabstimmung bedingt. Ob dazu eine Änderung der Gemeindeordnung notwendig ist, haben die Motionär:innen dem Gemeinderat zur Prüfung offen gelassen. Mit der vorliegenden Parlamentsvorlage hat der Gemeinderat die Forderung der Motion in den Augen der Finanzkommission erfüllt. Es wurde festgestellt, dass eine solche Änderung zwingend eine Anpassung der Gemeindeordnung bedingt. Diese liegt jetzt dem Parlament vor und soll auch der Bevölkerung vorgelegt werden.

Die Finanzkommission hat darum festgehalten, dass aus ihrer Sicht die für den Entscheid notwendigen Unterlagen vorliegen. Dieser Entscheid wurde einstimmig gefällt.

Betreffend Notwendigkeit der Änderung der Kompetenzregelung existieren in der Kommission unterschiedliche Einschätzungen. Eine Mehrheit hält fest, dass auch das Parlament demokratisch legitimiert ist, um einen solchen Entscheid zu fällen und befürchtet unter anderem eine stärkere Emotionalisierung der Debatte, wenn die Änderung vollzogen werden wird. Eine Minderheit hebt die Harmonisierung mit der Kompetenzregelung betr. den obligatorischen Steuern hervor. Die Finanzkommission empfiehlt darum dem Parlament, die Ziffer 1 des Gemeinderatsantrags abzulehnen - das mit 4 Stimmen dagegen und 3 dafür - und der Botschaft zuzustimmen - mit 4 dafür und 3 Enthaltungen.

Die GPK hat nach der Finanzkommission getagt, darum nehme ich zum Antrag der GPK betr. Änderung des Titels der Botschaft keine Stellung.

**GPK-Referentin, Heidi Eberhard:** Die GPK dankt vorab der Direktion Präsidiales und Finanzen für die Parlamentsunterlagen inkl. Botschaft und die Beantwortung der Fragen der GPK bei der Geschäftsprüfung.

Es wurde bereits gesagt, wann die Motion eingereicht wurde. Die GPK hat geprüft, warum es zum heutigen Geschäft kommt. Dies ist die Folge eines Stichentscheids am 20.09.2021, als die Motion erheblich erklärt wurde. Das Abstimmungsergebnis lautete damals 17 zu 17, mit Stichentscheid zu Gunsten der Erheblicherklärung.

Das heisst, auch bei einer Erhöhung der für die Gemeinde fakultativen Liegenschaftssteuer - welche eine besondere Vermögenssteuer ist - in der Höhe von derzeit 1.2 Promille auf dem Amtlichen Wert der Liegenschaften, soll das Stimmvolk entscheiden können. Darum werden drei Artikel in der Gemeindeordnung entsprechend ergänzt: Art. 33 wird wie folgt ergänzt: "Wird eine Erhöhung der Anlage der obligatorischen Gemeindesteuern *oder des Satzes der Liegenschaftssteuer* beantragt, beschliessen die Stimmberechtigten ...". In Art. 45 und 46 hat es dann neu je einen Absatz 2 welcher lautet: "Artikel 33 bleibt vorbehalten".

Die GPK wollte wissen, ob dieser Verweis auf Art. 33 wirklich notwendig ist. Uns wurde erläutert, dass der Verweis - oder der Vorbehalt - Klarheit schafft, wenn die obligatorischen Steuern unverändert bleiben (Art. 46), die Liegenschaftssteuern jedoch steigen sollen. Dann muss man zu Art. 33 springen und es kommt zu einer Volksabstimmung. Für die Senkung der Steuern wird kein Vorschlag gemacht, weil dieser nicht notwendig ist. Es ist ganz wichtig zu sehen, dass stets drei Sachen ein Paket bilden:

Die obligatorischen Steuern, die Liegenschaftssteuern und das Budget. Wer für das gesamte Paket zuständig ist, richtet sich in den meisten Fällen ausschliesslich nach den obligatorischen Steuern. Wenn also ein Paket eine Senkung der Liegenschaftssteuer enthält, dann bestimmt die Zuständigkeit wie bereits bisher, was mit den obligatorischen Steuern passieren soll.

Die GPK hat für den Titel der Botschaft einen Abänderungsantrag gestellt, welchen ihr auf der Tischvorlage seht. Es geht bei dieser Abstimmungsbotschaft nicht um die Erhöhung, sondern um die Zuständigkeit bei Erhöhung der Liegenschaftssteuer. Darum unser Antrag zur Anpassung des Titels: "Zuständigkeit der Stimmbevölkerung zur Erhöhung der Liegenschaftssteuer, Teilrevision der Gemeindeordnung".

Die GPK empfiehlt dem Parlament, dem Gemeinderatsantrag Ziffer 1 an die Stimmberechtigten zuzustimmen: Das Abstimmungsergebnis war 4 zu 2 Stimmen.

Die GPK beantragt dem Parlament folgenden Abänderungsantrag zur Abstimmungsbotschaft: Der Titel der Botschaft, welche ihr auch auf dem Tisch findet: "Zuständigkeit der Stimmbevölkerung zur Erhöhung der Liegenschaftssteuer, Teilrevision der Gemeindeordnung". Das Abstimmungsergebnis war hier einstimmig.

Und dann beantragt die GPK dem Parlament, die Botschaft an die Stimmberechtigten mit der beantragten Änderung zuzustimmen: Das Abstimmungsergebnis war hier einstimmig.

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Matthias Müller, EVP:** Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion hat diese Vorlage diskutiert und gerne präsentiere ich euch unsere Überlegungen, auch gerade oder speziell im Hinblick auf die Pro- und Contra-Argumente der Botschaft.

Zuerst zu den Pros:

- Für die Vorlage spricht, dass so die Volksrechte in einem für einen Teil der Bevölkerung sehr sensiblen Bereich ausgebaut werden.
- Die Kompetenz der Steuererhöhungen wird vereinheitlicht und liegt jetzt – oder wenn sie angenommen wird – in jedem Fall beim Volk.
- Es ist eine vertrauensbildende Massnahme, weil sich zeigt, dass ein Teil des Parlaments durchaus skrupellos sein kann oder könnte, wenn es um eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer geht.
- Mögliche Zufallsentscheide können verhindert werden.

Ich komme zu den Contras. Gegen die Vorlage spricht:

- Das Parlament verliert Handlungsspielraum. Diesem Argument ist wohl auch die Ablehnung der Vorlage durch die Finanzkommission geschuldet.
- Wenn das Volk entscheidet, muss das Parlament eine allfällige Erhöhung besser begründen können, insbesondere, was die Notwendigkeit und Angemessenheit einer Erhöhung betrifft.

So viel zu den Pro und Contra.

Bezüglich dem vorliegenden Antrag der GPK: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion stimmt einstimmig zu, den Titel der Botschaft abzuändern in "Zuständigkeit der Stimmbevölkerung zur Erhöhung der Liegenschaftssteuer, ...".

Und noch der Hinweis, dass es eigentlich noch eine weitere Variante bei dieser Liegenschaftssteuer gibt. Im Prinzip könnte man ja auch gemäss Art. 33a die Befristung auf der Erhöhung der Liegenschaftssteuer anwenden. Dies als Hinweis.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion ist heute Abend in der vorliegenden Fragestellung einstimmig: Sie folgt dem Gemeinderat und stimmt dem Antrag zu.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Arlette Mürger, SP Frauen:** Die SP/JUSO-Fraktion hat der Motion am 20. September 2021 nicht zugestimmt und an unserer Haltung hat sich seither nichts geändert. Unsere Haltung ist somit konstant, aber nicht annähernd so konstant wie der Könizer Liegenschaftssteuersatz. Der beträgt nämlich seit mindestens 2005 genau 1,2 Promille vom amtlichen Wert einer Liegenschaft. Seit mindestens 2005 sage ich, weil ich so weit im Internet habe zurückverfolgen können. In dieser Zeit mussten wurde in Köniz doch einige Male über das Budget abgestimmt, weil die ordentlichen Steuern hätten erhöht werden sollen. Der Liegenschaftssteuersatz ist immer konstant tief geblieben und ist damit ein Beweis, dass das Parlament mit der Liegenschaftssteuer bis anhin sehr vernünftig umgegangen ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt liegt es in der Kompetenz vom Parlament, die Liegenschaftssteuer zu erhöhen. Nun ja, nicht wirklich, denn der Kanton gibt vor, dass die Liegenschaftssteuer nicht höher als 1,5 Promille sein darf. Wenn die Steuer um 0,1 Promille erhöht werden soll, kann dies das Parlament also noch dreimal tun. Und dann ist fertig. Also sind auch dem Parlament die Hände zu einem gewissen Grad gebunden.

Nun soll das Volk über das Budget entscheiden können, wenn die Liegenschaftssteuer erhöht werden soll. Damit wird dem Volk eine Mitsprache beim Budget vorgegaukelt, die gar keine ist. Zum einen, weil die Liegenschaftssteuer ja nur noch beschränkt erhöht werden kann. Und seit mindestens 18 Jahren nicht mehr erhöht wurde. Zum anderen wird der Bevölkerung auch vorgegaukelt, dass diejenigen, die die Liegenschaftssteuer bezahlen müssen, auch darüber sollen abstimmen können.

Auch in Köniz gehören immer mehr Wohnungen Immobilien-Unternehmen, die nicht mal ihren Sitz in Köniz haben. Die 11 Millionen Franken, die die Liegenschaftssteuer einbringt, werden also nicht vollständig von Könizerinnen und Könizern bezahlt, die in einem Haus oder einer Eigentumswohnung in Köniz leben, sondern von Konzernen, die mit Immobilien ihr Geld verdienen. Und dies aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion mit zum Teil viel zu hohen Mieten. Denen tut es nicht weh, wenn sie Liegenschaftssteuer bezahlen müssen, egal ob 1,2 oder 1,5 Promille, welche sie zudem von den Steuern abziehen können.

Jede Abstimmung kostet Geld. Und mit dem Geld ist es bekanntlich in Köniz so eine Sache. Es liegt also auf der Hand, dass eine allfällige Erhöhung von der Liegenschaftssteuer in der Regel auch gerade mit einer Erhöhung von den ordentlichen Steuern passieren wird. Und die kommt ja eh vors Volk. Es ist eher selten, dass es wegen der Erhöhung der Liegenschaftssteuer zu einer Volksabstimmung kommt und wenn, dann tut das Parlament dies auch nur, um bei problematischen Entwicklungen eingreifen zu können – kleiner Spielraum zwar, aber durchaus auch wünschenswert.

Wie gesagt: Hier wird dem Volk eine Mitsprache vorgegaukelt, die keine ist. Das ist aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion unredlich und unnötig. Wenn wir wirklich wollen, dass die Könizerinnen und Könizer ein Mitspracherecht beim Budget haben, dann muss das Budget wie in Bern jedes Jahr vors Volk. Das wäre ehrlich und transparent.

Die SP/JUSO-Fraktion lehnt also den Beschluss vom Gemeinderat einstimmig ab. Dem Antrag der GPK zur Änderung des Titels der Botschaft stimmt sie zu.

Und hier noch unsere Contras für das Abstimmungsbüchlein:

- Der Spielraum bei der Liegenschaftssteuer ist zu gering, als dass dies eine Volksabstimmung rechtfertigt.
- Jede Abstimmung kostet. Die knappen Ressourcen der Verwaltung werden unnötig belastet. Aufwand und allfälligen Ertrag stehen in keinem Verhältnis.
- Das Recht, das hier geschaffen werden soll, wird eher selten zur Anwendung kommen. In der Regel wird in einem Budget die Liegenschaftssteuer gleichzeitig mit der ordentlichen Steuer erhöht.
- Es ist ein Misstrauensvotum gegenüber dem Parlament, welches nicht gerechtfertigt ist, da es bisher nie den Maximalsatz gefordert hat und der Spielraum klein ist.

**Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden:** Bereits im Votum zur damaligen Motionsantwort habe ich den Gemeinderat für die kurze, knappe und positive Antwort gelobt und auch heute ist der Antrag kurz und knapp. Darum kann ich einmal mehr die Effizienz loben, denn mehr ist hier nämlich gar nicht nötig - es ist eine ganz einfache Sache. Es geht hier eigentlich nur darum, eine Hintertür in der Gemeindeordnung zu schliessen und mehr ist das gar nicht. Denn es ist schwer zu vermuten, dass diese Hintertüre gar nie beabsichtigt war. Ich kann es auch nicht zu 100% sicher sagen, da es vor meiner Zeit im Parlament war und auch vor der Zeit der Allermeisten hier drin. Aber die früheren Diskussionen im Parlament und auch früher in der Finanzkommission lassen schwer vermuten, dass dies nicht willentlich so reingeschrieben worden ist, dass man die Stimmbevölkerung von dieser Frage ausschliesst. Es geht also eigentlich nur darum, etwas zu korrigieren, welches falsch reingekommen ist.

Und auch die Antwort des Gemeinderates lässt darauf schliessen, dass er dies eigentlich nie so wollte. Ich bin darum über die Haltung der Finanzkommissions-Mehrheit erstaunt und auch von der SP, welche dies zu einer riesigen Frage hochstilisiert. Es geht eigentlich nur um eine kleine Korrektur. Die aktuelle Regelung steht nämlich auch im Vergleich mit anderen Gemeinden völlig quer, das ist auch aus der Antwort des Gemeinderates ersichtlich. Sich jetzt hier querzustellen und dem Stimmvolk ein Recht zu verwehren, welches ihm eigentlich zusteht, halte ich nicht für opportun. Und jetzt hat die Stimmbevölkerung die Möglichkeit dies zu ändern oder eben auch zu bestätigen. Wenn es diese Änderung ablehnt, dann geben sie uns die Kompetenz, diesen Satz zukünftig festzulegen. Das wäre dann ja auch absolut in Ordnung. Ich würde diesen Abstimmungsentscheid natürlich auch respektieren und hoffe, dass dies auch bei anderen Abstimmungen, welche in der Gemeinde Köniz noch anstehen, der Fall sein wird. Aus unserer Sicht ist es richtig, den Stimmberechtigten in allen Steuerfragen das letzte Wort zu geben. Ich weiss, dass dies bei der Hundesteuer nicht so ist, aber die Hundesteuer ist ein etwas anderer Fall, das ist nämlich eigentlich eine Gebühr, welche zweckgebunden eingesetzt wird.

Ich will nochmals betonen, es geht nur um eine Kompetenzregelung. Wir diskutieren nur über den Mechanismus der Änderung der Liegenschaftssteuer, nicht über deren Höhe, und ich lasse darum hier auch die ganze Argumentation gegen oder für eine Liegenschaftssteuerverhöhung sein, auch wenn ich diese bereit hätte. Ich bitte euch für Fairness und eine minimale Kompetenzverschiebung zu Gunsten der Stimmbevölkerung zu stimmen und dem Gemeinderatsantrag zu folgen.

Ich habe hier noch die Pro-Argumente:

- Die Änderung bringt eine Gleichbehandlung mit dem ordentlichen Steuersatz.
- Die aktuelle Regelung ist unfair.
- Die Änderung ist näher bei der Budgetregelung von vergleichbaren Gemeinden.
- Die Änderung ist eine Kompetenzverschiebung zu Gunsten der Stimmbevölkerung und die Änderung kann das politische Interesse und das Verständnis der Stimmbevölkerung fördern.

Contra-Argumente habe ich nur eines:

- Die Änderung bedingt jetzt leider eine Volksabstimmung, aber die kommt ja sowieso, darum muss man dies auch gar nicht mehr aufführen.

Die SVP ist einstimmig für den Antrag und auch einstimmig für den Antrag der GPK auf Änderung des Titels. Und ich bin hier auch sehr froh, dass keine weiteren Anträge gekommen sind, diese Botschaft noch weiter abzuändern. Habt keine Angst vor der Stimmbevölkerung und traut ihr zu, dass sie dies gut selber entscheiden kann.

**Fraktionssprecher FDP, Dominic Amacher:** Ich kann es relativ kurz machen: Die FDP-Fraktion stimmt einstimmig dem Antrag des Gemeinderates zu und auch der Botschaft. Auch stimmen wir dem Antrag der GPK zu, auch wenn wir zuerst das Gefühl hatten, die Anpassung in der Formulierung ist noch nicht ganz perfekt - aber wir geben zu, wir haben auch keine bessere Lösung gefunden.

Bei den Pro-Argumenten kann ich eigentlich alle bestätigen, welche genannt worden sind, ich habe hier keine zusätzlichen und kann es darum kurz machen. Auch für das nächste Traktandum, da werden wir der Abschreibung zustimmen.

**Fraktionssprecher Grüne, Junge Grüne, David Müller, Grüne:** Natürlich kann man argumentieren, dass jede Steuererhöhung vor das Volk gehört. Auch in unserer Fraktion wurde dieses Argument vorgebracht. Ich werde jetzt aber erläutern, warum wir am Ende zu einem anderen Schluss gekommen sind:

In dieser populistischen Logik könnte man nämlich auch argumentieren, warum hier stoppen und nicht auch gleich jede Senkung vor das Volk bringen? Wir haben schliesslich in den vergangenen Jahren bzw. müssen immer noch, die schmerzhaften Nachwehen eines solchen Entscheids ausbaden. Andererseits muss man sich fragen, ob es denn zwingend notwendig ist, dass die Bevölkerung direkt entscheidet und welche negativen Aspekte mit einer solchen Änderung einhergehen würden. Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen lehnt insbesondere aus folgenden Gründen eine Änderung der Kompetenzregelung ab:

- Art. 264 Abs. 1 des kantonalen Steuergesetzes definiert einen maximalen Wert von 1.5 Promille des amtlichen Wertes der Liegenschaft. Das entsprechende Gesetz unterlag dem fakultativen Referendum. Die Berner Bevölkerung hat somit diesem Maximalsatz von 1.5 Promille im Grundsatz bereits zugestimmt. Es ist darum unnötig, dass die Könizer Bevölkerung nochmals darüber abstimmen soll.
- Dazu kommt, dass das Könizer Parlament durch die Bevölkerung gewählt ist und diese repräsentiert. Die heutige Regelung ist somit demokratisch legitimiert und fair.
- Auch die Könizer Finanzkommission empfiehlt die Änderung zur Ablehnung.
- Die Vergangenheit zeigt, dass das Parlament sehr zurückhaltend von der Kompetenz Gebrauch macht, eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer vorzusehen.
- Im Gegensatz zu den ordentlichen Steuern sind den Liegenschaftssteuern, was deren Erhöhung angeht, durch kantonales Recht strenge Grenzen gesetzt. Der Spielraum für Erhöhungen ist klein.
- Die Liegenschaftssteuer betrifft lediglich einen kleinen Teil der Bevölkerung. Im Vergleich zu den potentiellen Auswirkungen der Erhöhungen der ordentlichen Steuern, welche alle betrifft, sind die finanziellen Auswirkungen einer Liegenschaftssteuerverhöhung klein. Eine Differenzierung ist darum angebracht.
- Durch die Änderung der Kompetenzen verlängert sich die Zeit, um auf unerfreuliche finanzielle Situationen reagieren zu können und schränkt damit den Handlungsspielraum der Gemeinde ein.

- Durch die Volksvorlage steigt die Gefahr einer Emotionalisierung der Debatte und es steigt auch das Risiko einer verstärkten Einflussnahme von finanzstarken Interessensgruppen, welche es ja bekanntlich in diesem Bereich durchaus gibt. Das obwohl oder gerade, weil, nur ein kleiner Teil der Bevölkerung direkt betroffen ist.

Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen diese vorgeschlagene Änderung ab. Der Änderung des Titels, wie sie die GPK fordert, stimmen wir zu. Der Abschreibung im nächsten Traktandum werden wir natürlich auch zustimmen.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer:** Auch ich kann es sehr kurz machen: Danke dem Sprecher der Finanzkommission und der Sprecherin der GPK, sie haben dieses Geschäft sehr gut vorgestellt. Es ist so, wie es der Sprecher der SVP-Fraktion gesagt hat: Es ist einfach und braucht auch nicht viele Worte. Wir haben den Auftrag ausgearbeitet, haben dies rechtlich abgeklärt, haben eure Fragen beantwortet und ich habe jetzt auch keine neuen Fragen gehört. Darum werde ich mich auch angesichts der fortgeschrittenen Zeit ebenfalls kurz halten.

### **Beschluss Antrag an die Stimmberechtigten**

1. Mit 21 zu 18 Stimmen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:

- Die Änderung der Gemeindeordnung (Art. 33, 45, 46) wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
- Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

### **Beschluss über Änderungsantrag zum Titel der Botschaft**

Das Parlament stimmt folgendem Änderungsantrag der GPK zu:

#### Titel der Botschaft

~~Erhöhung der Liegenschaftssteuer vors Volk~~ **Zuständigkeit der Stimmbevölkerung zur Erhöhung der Liegenschaftssteuer**, Teilrevision der Gemeindeordnung

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

### **Beschluss Schlussabstimmung Botschaft**

Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden mit folgender Änderung des Botschaftstitels gegenüber dem Entwurf genehmigt: ~~Erhöhung der Liegenschaftssteuer vors Volk~~ **Zuständigkeit der Stimmbevölkerung zur Erhöhung der Liegenschaftssteuer**, Teilrevision der Gemeindeordnung

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

PAR 2023/108

**V2113 Motion (SVP) "Erhöhung der Liegenschaftssteuer ist dem Volk vorzulegen"**

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**1. Ausgangslage**

Das Parlament hat an der Sitzung vom 20.09.2021 die Motion V2113 "Erhöhung der Liegenschaftssteuer ist dem Volk vorzulegen" erheblich erklärt. Damit hat es dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, im Rahmen eine Teilanpassung der Gemeinordnung eine Vorlage zu erarbeiten.

Parallel zum vorliegenden Antrag zur Abschreibung der Motion V2113 unterbreitet der Gemeinderat dem Parlament eine Vorlage zur Teiländerung der Gemeindeordnung, inkl. Botschaft zu Händen der Stimmberechtigten. Änderungen der Gemeindeordnung unterliegen der obligatorischen Volksabstimmung.

Auf dieser Grundlage beantragt der Gemeinderat dem Parlament die Motion abzuschreiben.

**Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 20.09.2023

Der Gemeinderat

**Beilagen**

1) V2113 Motion (SVP) "Erhöhung der Liegenschaftssteuer ist dem Volk vorzulegen", Beantwortung

**Diskussion**

**Erstunterzeichner, Reto Zbinden, SVP:** Ich danke dem Gemeinderat nochmals für die sehr gut aufbereitete Vorlage. Ich habe keine weiteren Ergänzungen und bin mit der Abschreibung einverstanden. Das Volk soll jetzt entscheiden, wie es weitergehen soll.

**Beschluss**

Die Motion wird abgeschrieben.  
(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

PAR 2023/109

## **Verschiedenes**

Folgender Vorstoss wurde eingereicht:

2316 Postulat SP/JUSO «Leichte Sprache»

## **Diskussion**

**Arlette Münger:** Ich mache es kurz: Ich will noch kurz daran erinnern, dass ihr euch den 12. Januar 2024, ab 17.00 Uhr, reserviert. Dann findet hier die Parlamentssitzung und hoffentlich anschliessend meine Feier statt.

**Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler:** Ich habe noch eine kurze Mitteilung:  
Am 21. November findet das Treffen mit dem Parlamentspräsidium und den Fraktions- und Kommissionspräsidien statt. Das ist das zweite Mal, dass man sich mit dem Gemeinderat trifft. Das Thema ist die Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und dem Gemeinderat.  
Besten Dank, kommt gut nach Hause und bis nächste Woche.

## **Im Namen des Parlaments**

Tatjana Rothenbühler  
Parlamentspräsidentin

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament